

Der Bayernplan 2020

Strategien und Handlungsempfehlungen
für die Land- und Ernährungswirtschaft



Impressum

Herausgeber

Zukunftskommission Landwirtschaft
Geschäftsstelle: Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Ludwigstraße 2, 80539 München

www.stmelf.bayern.de/zukunftskommission/

www.stmelf.bayern.de

www.landwirtschaft.bayern.de

E-Mail: info@stmelf.bayern.de

Stand: Mai 2010

Bildnachweis

© Ernst Rose/Pixelio (Titel)

Inhaltsverzeichnis

I. Präambel	5
II. Kurzfassung	7
III. Hauptteil	11
1 Globale Trends und Herausforderungen für die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft	11
1.1 Wachsende Weltmarktabhängigkeit und Marktliberalisierung	11
1.2 Klimawandel	11
1.3 Biodiversität	11
1.4 Flächendeckende Landbewirtschaftung in Gefahr	12
1.5 Ländliche Räume unter Anpassungsdruck	12
2 Das gesellschaftliche und politische Umfeld	13
2.1 Gesellschaft und Landwirtschaft	13
2.2 Ernährung	13
2.3 Agrarpolitik	14
2.4 Verbände und Nicht-Regierungsorganisationen	15
2.5 Öffentliche Verwaltung	15
2.6 Forschung und Innovation	15
2.7 Bildungs- und Beratungseinrichtungen	16
2.8 Medien	17
3 Stärken und Schwächen in der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft	17
3.1 Konsum	17
3.2 Vermarktung	17
3.3 Verarbeitung und Logistik	18
3.4 Zusammenarbeit von Handel, Verarbeitern und Landwirten in Produktketten	18
3.5 Landwirtschaft und ländliche Räume	19
3.6 Landwirtschaftliche Dienstleistungen	20
3.7 Überbetriebliche Zusammenarbeit	20
3.8 Landwirte als Unternehmer	21
3.9 Produktionsbedingungen und Agrarstrukturen	21
3.10 Soziale Absicherung der Landwirte und Daseinsvorsorge	22
4 Werte und Ziele der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft	23
4.1 Zentrale Werte	23
4.2 Zentrale Ziele	23
5 Strategien und Empfehlungen für konkrete Maßnahmen	25
5.1 Ernährung, nachhaltige Lebensstile und Verbraucherinformation	25
5.2 Die Chancen auf den Lebensmittelmärkten optimieren	26
5.3 Ein wettbewerbsstarker Verarbeitungssektor	26
5.4 Zukunftsunternehmen Bauernhof	27
5.5 In Produktketten zusammenarbeiten	27
5.6 Der Landwirt als Biomasseproduzent und Energiedienstleister	28
5.7 Der Landwirt als Landschaftspfleger und Bewahrer der Umwelt	28
5.8 Diversifizierung	29

5.9	Forschung und Innovation.....	29
5.10	Bessere Chancen durch persönliche Entwicklung	30
5.11	Land- und Ernährungswirtschaft brauchen soziale Sicherheit und gerechte Besteuerung	32
5.12	Landwirtschaft und Gesellschaft	33
5.13	Neue Anforderungen an Verwaltung und Verbände	33
6	Politische Forderungen	35
6.1	Politische Forderungen an die Bayerische Politik	35
6.2	Politische Forderungen an die Bundespolitik.....	36
6.3	Politische Forderungen an die Gemeinsame EU-Agrarpolitik	36
IV.	Anhang	39

I. Präambel

Die Land- und Ernährungswirtschaft steht wieder einmal auf dem Prüfstand.

Sie soll allen Ansprüchen der Gesellschaft, auch wenn sie noch so widersprüchlich sind, gerecht werden und zudem die öffentlichen Haushalte entlasten. Der Sektor soll den immer individueller und damit vielfältiger werdenden Vorstellungen von unseren Lebensmitteln genauso gerecht werden wie der Vorstellung, dass es noch billiger gehen könnte. Dabei liegen die Haushaltsausgaben für die Ernährung im Durchschnitt bei 11 % und die Ansprüche an eine gesunde Ernährung und das tatsächliche Ernährungsverhalten klaffen immer weiter auseinander.

Es genügt auch nicht mehr einen hohen Selbstversorgungsgrad zu erzielen, nein, die Land- und Ernährungswirtschaft ist gefordert, global zu denken und einen substantiellen Beitrag zur Sicherung der Welternährung zu leisten.

Es genügt nicht einmal mehr auf die Erzeugung von Lebensmitteln abzustellen, sondern es geht genauso darum, industrielle Rohstoffe und erneuerbare Energieträger zu produzieren, um dadurch den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter zu erleichtern.

Keines dieser ehrgeizigen Ziele darf aber zu Lasten der Umwelt gehen, sondern die Landwirtschaft hat dafür zu sorgen, dass unsere Kulturlandschaften möglichst noch attraktiver und unsere Seen sowie Gewässer sauberer werden und unsere Böden fruchtbar bleiben.

Das Bild, das die Gesellschaft von der Land- und Ernährungswirtschaft hat, ist zwar grundsätzlich positiv, aber über weite Strecken unrealistisch, romantisch oder zumindest zweischneidig. Weite Teile der Bevölkerungen hängen einer agrarromantischen „Heile Welt“-Idylle nach und wollen von Kostendruck, Strukturwandel oder der Anwendung neuer Technologien nichts wissen. Dennoch wird aber ausschließlich der urbane Lebensstil als modern und zukunftsweisend angesehen und das Leben auf dem Bauernhof als rückständig disqualifiziert.

Doch damit nicht genug. Der Sektor findet sich gerade im Lichte der Erfahrungen der drei letzten Jahre in einer Situation wieder, in der immer mehr äußere Faktoren wie der Klimawandel, der Ölpreis, der Wechselkurs zwischen Euro und Dollar oder Spekulationen sein Einkommen deutlich stärker beeinflussen.

Dies hat weltweit einen breiten Nachdenkprozess über die Zukunft der Land- und Ernährungswirt-

schaft und das Suchen nach neuen Strategien und Instrumenten ausgelöst, die es möglich machen sollen, mit allen diesen Herausforderungen besser fertig zu werden.

Der Auftrag

Es zeigt von hohem Verantwortungsbewusstsein der Bayerischen Staatsregierung, dass sie die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt und Verantwortliche aus allen Bereichen der bayerischen Gesellschaft eingeladen hat, zusammen mit FachexpertInnen einen mittelfristigen Plan für die Weiterentwicklung der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft auszuarbeiten. Der Auftrag war, die Schlüsselprobleme des Sektors zu identifizieren und Vorschläge zu machen, was alle Beteiligten tun sollten, um die Zukunftschancen zu optimieren und den Betroffenen Entscheidungshilfen an die Hand zugeben, die ihnen die künftige Ausrichtung ihrer Unternehmen erleichtern sollen.

Die Ausführung

Die von Ministerpräsident Horst Seehofer und Staatsminister Helmut Brunner eingerichtete unabhängige Zukunftskommission hat in der Folge einen breiten gesellschaftlichen Dialog über die Rolle und Wertigkeit der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft geführt, in dem auch fundamental gegensätzliche Auffassungen über die Rolle der Land- und Ernährungswirtschaft zu Tage getreten sind. Eine Gruppe von Teilnehmern verlangte, dass es in Bayern zu einem Rückbau des Sektors kommen müsse, in dem die Produktion auf die regionale Versorgung abgestellt wird, der ökologischer Landbau als Leitbild dienen soll und die regionalen Wirtschaftskreisläufe wieder belebt werden sollen. Förderungen sollten ausschließlich als Gegenleistungen für die Erbringung von öffentlichen Gütern eingesetzt werden und der Sektor sollte von den Weltmärkten entkoppelt werden.

Demgegenüber stand die Mehrheitsposition, dass es darum gehen muss, ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Verantwortung zu schaffen und dieses nachhaltig zu sichern. Ebenso wurde angemahnt, dass die Machbarkeit der Vorschläge ein wichtiges Kriterium für den Bayernplan sein müsse.

Weil eine Harmonisierung dieser konträren Auffassungen unmöglich ist, hat die Zukunftskommission im Wesentlichen einen pragmatischen Ansatz gewählt und einen möglichst hohen Grad an Überlappung der verschiedenen Standpunkte angestrebt. Das bedeutet, dass nicht von jedem Mitglied der Kommission jede einzelne Maßnahme in vollem Umfang mitgetragen werden kann und zum Teil auch andere Prioritäten gesehen werden, dennoch war die Kommission erfolgreich in ihrem Bemühen, Strategien und Empfehlungen für konkrete Maßnahmen zu entwickeln, die diesen Sektor zukunftsfähig machen sollen.

Außerdem hat dieses unabhängige Gremium eine Reihe von Forderungen an das Land, den Bund und an die Europäische Union formuliert und hofft mit dem „Bayernplan 2020“ einen wesentlichen Beitrag für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft und ihre noch stärkere Verankerung im Bewusstsein der bayerischen Gesellschaft zu leisten.

Dieses Bemühen bedeutet aber nicht, dass mit diesem Plan die vielen Spannungen über den richtigen Weg in die Zukunft, die auch in den Diskussionen innerhalb der Zukunftskommission deutlich zu Tage getreten sind, weggewischt werden sollen. Ganz im Gegenteil: Der Bayernplan soll auch zur Fortführung der Debatte über die künftige Ausrichtung der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft anregen.

Die Zukunftskommission ist sich bewusst, dass für die legislative und technische Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen auch noch die dafür jeweils zuständigen Gremien ihren Teil der Arbeit leisten müssen. Sie erwartet sich aber, dass die Staatsregierung möglichst viele der Vorschläge aufgreift. Jedenfalls werden die TeilnehmerInnen an der Zukunftskommission diesen Prozess weiter kritisch begleiten.

Dank

Als Vorsitzender der Zukunftskommission danke ich allen Mitgliedern für ihre konstruktive und engagierte Mitarbeit, ich danke allen ExpertInnen für ihre wertvollen und kritischen Beiträge und darüber hinaus danke ich allen BürgerInnen Bayerns, die die Kommission mit Stellungnahmen und Meinungsäußerungen begleitet haben.

Mein besonderer Dank gilt den Mitgliedern des Arbeitsteams, Herrn Ministerialrat Anton Dippold, Herrn Präsidenten Jakob Opperer, Herrn Prof. Dr. Otmar Seibert und Herrn Ministerialdirigenten Dr. Theodor Weber.

München, im Mai 2010



Vorsitzender

II. Kurzfassung

Chancen und Herausforderungen

Die Land- und Ernährungswirtschaft ist sowohl in Bayern als auch weltweit von zentraler und weiter wachsender Bedeutung.

In hochentwickelten Ländern wie Bayern ist mit einer weiter wachsenden Segmentierung der Märkte und damit mit einem weiter steigenden Interesse an hochqualitativer Markenware oder an Bioprodukten zu rechnen, während der steigende Wohlstand in den Schwellenländern die Nachfrage nach tierischem Eiweiß anheizt. In vielen Entwicklungsländern steigt aufgrund des Bevölkerungswachstums in erster Linie die Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln. Der Bedarf an erneuerbaren Energieträgern und die notwendige Verbesserung der Energiesicherheit wird die Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen ebenfalls weiter erhöhen.

Die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft hat sehr gute Voraussetzungen, um auch in Zukunft eine bedeutende Stellung am Markt einzunehmen, denn Bayern verfügt über fruchtbare Böden, ein günstiges Klima, hoch motivierte Landwirte und eine gute Infrastruktur. Bayerische Produkte genießen über die Grenzen hinaus ein hohes Ansehen.

Auf der anderen Seite steht die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft auch vor großen Herausforderungen. Diese ergeben sich u. a. aus der Deregulierung der Agrarmärkte und der Globalisierung der Wirtschaft, die den Standortwettbewerb weiter verschärfen. Volatilere Agrarmärkte und höhere Preisschwankungen sind die Folge. Gerade auf marginalen Standorten wird dies den Druck auf die landwirtschaftlichen Betriebe weiter erhöhen und die flächendeckende Landbewirtschaftung gefährden. Für viele ländliche Räume hätte eine solche Entwicklung gravierende negative Folgen, denn die Disparität zwischen Ballungszentren bzw. prosperierenden ländlichen Räumen und strukturschwachen ländlichen Räumen würde weiter zunehmen. Vermehrte Landflucht wäre die Folge. Die bayerische Landwirtschaft muss zudem die Auswirkungen des Klimawandels bewältigen, den weiter steigenden Anforderungen an den Umwelt- und Naturschutz, Klimaschutz, Tierschutz und Verbraucherschutz gerecht werden, das Wassermanagement verbessern und einen noch größeren Beitrag zum Erhalt der Biodiversität leisten.

Nicht zuletzt gilt es, die veränderten Ansprüche der Verbraucher an die Land- und Ernährungs-

wirtschaft zu berücksichtigen, wie z. B. den verstärkten Außer-Haus-Verzehr oder die zunehmende Nachfrage nach Convenience-Produkten.

Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat unter Berücksichtigung dieser vielfältigen Herausforderungen ein ganzes Bündel an Strategien und Empfehlungen für konkrete Maßnahmen entwickelt, um die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft für die zukünftigen Aufgaben nachhaltig zu stärken und die VerbraucherInnen zu einem gesunden Ernährungsverhalten und einem nachhaltigen Lebensstil anzuregen.

Das gesellschaftliche und politische Umfeld

Die Land- und Ernährungswirtschaft Bayerns ist auf vielfältige Weise mit der gesamten Gesellschaft und Wirtschaft verzahnt. Sie stellt die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicher, gestaltet und pflegt die vielfältigen Kulturlandschaften Bayerns als Grundlage für Erholung und Tourismus und leistet wichtige Beiträge zum Erhalt vitaler ländlicher Räume.

In der öffentlichen Wahrnehmung genießt die Landwirtschaft überwiegend ein positives Image. Weite Teile der Gesellschaft verfügen aber kaum noch über einschlägige Kenntnisse zur tatsächlichen Situation in der Landwirtschaft und haben teilweise idealisierende Vorstellungen über die reale Lebenswelt der Landwirte. In weiten Kreisen der Bevölkerung fehlen mittlerweile auch weitgehend das Wissen und das Bewusstsein über die Bedeutung einer gesunden Ernährung und eines nachhaltigen Lebensstils mit ausreichend Erholung und Bewegung.

Ziel der Zukunftskommission war es, einen breiten gesellschaftlichen Dialog über die Rolle und Wertigkeit der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft in Gang zu setzen. Dies ist umso wichtiger, weil auch in den Diskussionen der Zukunftskommission über die Frage, auf welche Ziele die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft ausgerichtet werden soll, deutliche Auffassungsunterschiede zu Tage getreten sind.

Der hohe wirtschaftliche und politische Stellenwert der Land- und Ernährungswirtschaft sowie der ländlichen Räume drückt sich nicht zuletzt in einer starken Agrarpolitik aus. Die breit gefächerten Agrarumweltprogramme und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete unterstreichen die frühzeitige Ausrichtung der Bayerischen

Agrarpolitik auf die Interessen der gesamten Gesellschaft. Die Grenzen des politisch Machbaren wurden allerdings in der Vergangenheit zum Teil nicht deutlich genug herausgestellt und sind deshalb künftig stärker zu kommunizieren.

In Bayern ist der Organisationsgrad der Landwirtschaft verhältnismäßig hoch. Das gilt sowohl für die berufsständische Vertretung als auch für die Mitgliedschaft in Spartenverbänden. Die Möglichkeiten, sich zu artikulieren und zu organisieren, sind damit gut. Durch eine bessere Koordinierung und eine frühzeitige und eindeutige Positionierung zu zentralen und die gesamte Gesellschaft betreffenden Themen, könnten jedoch der Politik klarere Signale gegeben werden.

Die bayerische Landwirtschaftsverwaltung zeichnet sich durch hohe Kundenfreundlichkeit und Bürgerorientierung aus. Es bestehen umfangreiche und vielfältige Serviceleistungen für die Land- und Ernährungswirtschaft. Aufgrund der zunehmenden Aufgabenfülle bei gleichzeitigem Personalabbau ist die Landwirtschaftsverwaltung inzwischen allerdings vielfach überlastet, was zu höherer Fehleranfälligkeit in der Förderverwaltung führt, die Förderabwicklung beeinträchtigt und Personal bindet, das in der angewandten Forschung, Bildung und Beratung fehlt.

An der Notwendigkeit einer intensiven Forschung wird angesichts der globalen Herausforderungen in den Bereichen Ernährung und Nahversorgung, Energie und Umwelt, Klimawandel und Entwicklung der ländlichen Räume nicht mehr gezweifelt. Die darauf aufbauende Anwendung nachhaltiger Strategien wird mehr und mehr zum Schlüssel für künftige wirtschaftliche Erfolge. Dies erfordert eine Innovationsoffensive und die intensivere sowie raschere Umsetzung neuer Erkenntnisse und Technologien in allen Bereichen des Agrar- und Ernährungssektors.

In Bayern gibt es eine große Vielfalt staatlicher und nichtstaatlicher Bildungsangebote, die eine umfassende Aus-, Fort- und Weiterbildung für Bäuerinnen und Bauern im fachlichen und persönlichen Bereich kostengünstig anbieten. Schwächen bestehen in der teilweise nicht ausreichenden landwirtschaftlichen Kompetenz der Lehrkräfte in den Berufsschulen und im Mangel an Qualifizierungs- und Beratungsangeboten zur Sicherung der Nachhaltigkeit und der Multifunktionalität. Auch die zukünftig immer wichtiger werdenden Kompetenzen und Zukunftsthemen, wie Unternehmerqualifikation, Krisen- und Risikomanagement, Marktcompetenz, Kommunikation und Persönlichkeitsbildung sowie Diversifizierung werden in der Aus-, Fort- und Weiterbildung bisher zu wenig behandelt.

Stärken und Schwächen in der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft

In Bayern werden, wie in allen anderen hochentwickelten Wirtschaftsregionen Europas, die Lebensmittelmärkte von der Nachfrage gesteuert bleiben und ihre Segmentierung voranschreiten. Trotz der hohen Kaufkraft der KonsumentInnen sind diese Märkte stark auf Billigprodukte ausgerichtet. Lediglich besondere Markennamen oder ökologische oder nach hohen ethischen Standards erzeugte Produkte bilden Segmente mit bedeutendem Wachstumspotential.

Auf der Angebotsseite braucht Bayern mit anderen deutschen Anbietern keinen Vergleich zu scheuen, allerdings stoßen die Erzeuger im internationalen Wettbewerb auf beträchtliche Schwierigkeiten. Die natürlichen Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft sind in Bayern zwar in der Regel sehr gut und auch die Agrarstruktur ist im Vergleich zum EU-Durchschnitt besser als vielfach kolportiert. Ebenso ist auch der Verarbeitungssektor mit seiner Mischung aus kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), Genossenschaften und Ernährungshandwerksbetrieben breit aufgestellt, aber dennoch mangelt es an Wettbewerbskraft.

Diese Schwäche ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen. Zu den wesentlichsten Problemen zählt die zu geringe Innovationskraft, die auf Mängel in der Forschung, in der zu geringen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Staat sowie auf eine zu langsame Praxis-einführung von Forschungsergebnissen zurückzuführen ist. Ebenso weisen die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Beratung noch deutlichen Verbesserungsbedarf auf und es ist sowohl die horizontale Integration in der Tierproduktion als auch die vertikale Integration in Form von Produktketten, nur schwach entwickelt.

Zu den Stärken des bayerischen Agrarsektors zählt der im Vergleich zu vielen anderen Regionen hohe Standard in der Landschaftspflege und das Erbringen anderer öffentlicher Dienstleistungen. Wengleich auch in Bayern die Landwirtschaft in der Vergangenheit spürbare Umweltbeeinträchtigungen verursacht hat, so wurden in der Zwischenzeit Rahmenbedingungen geschaffen, mit denen künftige Beeinträchtigungen deutlich reduziert werden können und ökologisch richtiges Verhalten belohnt werden kann.

Leider hat das Bemühen um eine intakte Umwelt und um gepflegte Kulturlandschaften teilweise zu einer Überbürokratisierung geführt, die es in Zukunft abzubauen gilt, ohne dass dabei qualitative Verluste hingenommen werden müssen.

Die ländlichen Räume Bayerns sind zum Großteil wirtschaftlich stark und die Lebensbedingungen mit städtischen Agglomerationsräumen durchaus vergleichbar. Es kann aber nicht übersehen werden, dass ländliche Räume von der Globalisierung in der Regel härter getroffen werden als städtische Zonen. Deshalb sind gerade in den landwirtschaftlich dominierten ländlichen Räumen neue zukunftsweisende Technologien und Innovationen mit Nachdruck zu forcieren. Es mangelt hier nicht an neuen Ideen, etwa könnten über eine gezielte Diversifizierung und der Weiterentwicklung von landwirtschaftlichen Unternehmen zu „ländlichen Unternehmen“ neue Impulse gesetzt werden. Das setzt jedoch u. a. eine flächendeckende Versorgung mit moderner Infrastruktur voraus (z. B. Breitbandnetze).

Ein anderer Impuls könnte aus der Entwicklung einer Bioökonomie kommen. Hier geht es um die Ausweitung der stofflichen und energetischen Nutzungsmöglichkeiten von Biomasse.

Zu den Schwächen des Sektors zählt sicher auch, dass es bisher zu wenig gelungen ist, ihn nachhaltig zu machen, die Steigerung der Produktion vom Verbrauch an natürlichen Ressourcen zu entkoppeln, die Energieeffizienz zu steigern und die Natur ausreichend zu schonen.

Unabhängig von diesen Stärken und Schwächen der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft hat die Zukunftskommission folgende zentrale Werte identifiziert, die es auch in Zukunft nach Kräften zu bewahren gilt:

Das sind zunächst der volkswirtschaftliche Wert des Agribusiness, das mit rd. 100 Milliarden Euro Umsatz und 700 000 Arbeitsplätzen den vierten Platz in der bayerischen Wirtschaft einnimmt. Das sind ebenso der Reichtum an Kulturlandschaften, eine ländliche Kultur, die ja zu einem Gutteil Ausdruck bäuerlicher Lebensart ist und die vitalen ländlichen Räume. Dazu kommt, dass auf dem Land sowohl die Bindungen in den Familien, als auch in den dörflichen Beziehungen und das bürgerschaftliche Engagement noch deutlich stärker ausgeprägt sind als im urbanen Milieu. Zu den besonderen Werten, gerade in Bayern, zählen darüber hinaus das Bekenntnis zur Bäuerlichkeit und die Absage an industrielle Großstrukturen sowie das Bekenntnis zu Multifunktionalität und Nachhaltigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft sowie einer breiten Streuung des Eigentums und die Betonung des eigenverantwortlichen Unternehmertums.

5 zentrale Ziele

Angesichts der aktuellen Herausforderungen, empfiehlt die Zukunftskommission, basierend auf den vorgenannten Werten, die folgenden fünf zentralen Ziele nachhaltig und energisch zu verfolgen:

- Es ist ein verstärktes Bewusstsein für gesunde Ernährung und nachhaltige Lebensstile zu schaffen.
- Die Rahmenbedingungen für nachhaltig erfolgreiche landwirtschaftliche Unternehmer und Verarbeiter sind zu optimieren.
- Es ist für alle in der Land- und Ernährungswirtschaft Tätigen eine angemessene soziale Sicherheit zu gewährleisten.
- Die vielfältigen Kulturlandschaften und eine tiergerechte Nutztierhaltung sind zu sichern und es sind möglichst nachhaltige Produktionsverfahren anzustreben.
- Die ländlichen Räume sind zu vitalen und lebenswerten Lebensräumen weiterzuentwickeln.

5 zentrale Projekte

Aufbauend auf dem breiten gesellschaftlichen Dialog über die Rolle und Wertigkeit der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft, hat die Zukunftskommission eine ganze Reihe von Strategien und eine große Zahl an Maßnahmenempfehlungen entwickelt, mit denen die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft für die Zukunft gut aufgestellt und eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft erreicht werden soll. Die Zukunftskommission war sich einig, dass für den Erfolg dieser Strategien und Maßnahmen nicht nur die Politik, sondern insbesondere auch die Wirtschaftsbeteiligten, die Umfeldakteure und die Verbraucher verantwortlich sind. Die Zukunftskommission empfiehlt, dabei vorrangig folgende fünf Projekte zu verfolgen:

- Es soll ein Kompetenzzentrum für Ernährung und nachhaltige Lebensstile geschaffen werden.
- Die Innovationskraft der Land- und Ernährungswirtschaft ist auf allen Ebenen zu stärken, die Forschung und Entwicklung zu forcieren und der Transfer in die Praxis zu beschleunigen sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft über eine verstärkte vertikale Integration zu verbessern.

- Die landwirtschaftliche Aus-, Fort- und Weiterbildung ist unter besonderer Beachtung des lebenslangen Lernens zu reformieren.
- Die Diversifizierung der ländlichen Unternehmen ist zu fördern, um die endogenen Potenziale des ländlichen Raums besser auszuschöpfen.
- Die Land- und Ernährungswirtschaft ist konsequent auf Nachhaltigkeitsziele auszurichten, und die Chancen im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe müssen intensiver genutzt werden.

5 zentrale Forderungen an die jeweiligen Politikebenen

Auf bayerischer Ebene:

- Neue Marktstrategien für die wichtigsten Produktbereiche entwickeln,
- im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft Forschung und Entwicklung intensivieren, den Wissenstransfer beschleunigen und die Bildung modernisieren,
- im Rahmen der Agrarumweltprogramme den Klimaschutz, Gewässerschutz, Erosionsschutz und Naturschutz (Biodiversität) ausbauen sowie den ökologischen Landbau entsprechend der Marktentwicklung weiter fördern,
- die notwendige Gegenfinanzierung für die Umsetzung der ELER- und GAK-Maßnahmen zur Sicherung vitaler ländlicher Räume mit einer starken Land- und Ernährungswirtschaft im Landeshaushalt bereitstellen,
- konkrete Maßnahmen zur Reduktion der außerlandwirtschaftlichen Flächeninanspruchnahme entwickeln und umsetzen.

Auf Bundesebene:

- Günstige steuerliche Rahmenbedingungen gewährleisten sowie eine steuerliche Risikoausgleichsrücklage einführen,
- die agrarsoziale Sicherung als eigenständiges System ebenso beibehalten wie die dafür bereitgestellten Bundeszuschüsse,
- das landwirtschaftliche Fachrecht vereinheitlichen und verschlanken,
- das Bundesprogramm „Ökologischer Landbau“ fortführen und entsprechend der Marktentwicklung ausbauen,
- verlässliche Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien schaffen.

Auf EU-Ebene:

- Ausreichende finanzielle Mittel für eine wettbewerbsfähige, multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft sicherstellen,
- die verbliebenen Marktsteuerungsinstrumente zu einem wirkungsvollen Sicherheitsnetz bei Marktkrisen weiterentwickeln und neue Instrumente zur Reduktion der negativen Folgen der Marktvolatilität entwickeln,
- das Betriebsprämienmodell verbessern incl. Maßnahmen zur Vereinfachung von Cross Compliance und dem Kontrollwesen initiieren,
- die bewährte ländliche Entwicklungspolitik bedarfsorientiert weiterentwickeln und dabei regionale Gestaltungsspielräume erhalten,
- Innovationen in den Bereichen Lebensmittelproduktion, energetische und stoffliche Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen sowie Dienstleistungen fördern und die Bildung von Produktketten erleichtern.

III. Hauptteil

I Globale Trends und Herausforderungen für die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft

1.1 Wachsende Weltmarktabhängigkeit und Marktliberalisierung

Die mittelfristige Entwicklung der Weltmärkte ist schwer vorhersehbar. Einerseits wächst die Weltnachfrage nach Agrargütern und Lebensmitteln als Folge steigender Weltbevölkerung und zunehmenden Wohlstands in den Schwellenländern. Auch die Notwendigkeit, höhere Anteile des Energiebedarfs aus erneuerbaren Ressourcen zu erzeugen, treibt die Agrarproduktion an. Auf der anderen Seite beruht das Wachstum des Agrarangebots in erheblichem Umfang auf Produktionsausweitungen gerade in Schwellenländern. Gleichzeitig wirken sich Klimawandel, Ölpreisschwankungen und der Euro-Dollar-Wechselkurs entscheidend auf das Auf und Ab der Preise aus. Das Volumen des Weltagrarhandels wird weiter zunehmen.

Aufgrund der Internationalisierung und Vernetzung der Märkte wird auch die Entwicklung des bayerischen Agrar- und Ernährungssektors immer stärker von diesen weltwirtschaftlichen Einflüssen und den Mechanismen des globalen Marktes bestimmt. Es ist davon auszugehen, dass der wachsende internationale Wettbewerb den Preisdruck weiter verstärken, die Preisvolatilität steigern und die Risiken von Investitionen erhöhen wird. Dies gilt insbesondere für die Märkte von Grundprodukten.

Dieser Entwicklung muss einerseits durch die Festigung der regionalen Absatzverflechtungen gegengesteuert werden, andererseits ist insbesondere in der Milch- und Fleischwirtschaft aufgrund der hohen Produktionsleistungen eine stärkere Weltmarktorientierung notwendig, wobei gezielt Märkte mit hochverarbeiteten Produkten bedient werden sollten.

Beide Szenarien – Reaktion auf Marktdruck sowie Ausnutzen von Marktchancen – stellen erhöhte Anforderungen an die beteiligten Unternehmer. Das betrifft die effiziente Gestaltung von Produktionsprozessen ebenso wie die Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten, konsequentes Qualitätsmanagement und angepasstes Risikoverhalten. Von entscheidender Bedeutung wird die Fähigkeit sein, Produktion und Angebot flexibel auf die jeweiligen Marktverhältnisse auszurich-

ten. Dies setzt zuverlässige und aktuelle Marktinformationen, professionelles Marketing, aber auch Innovationen und eine kontinuierliche Qualifizierung der Unternehmer und Beschäftigten voraus.

1.2 Klimawandel

Der Klimawandel lässt sich nicht leugnen und hat weltweit schon heute erkennbare Auswirkungen auf die Agrarproduktion. Auf welche Veränderungen sich die bayerische Landwirtschaft in Zukunft einstellen muss, wird zwar hinsichtlich der Ausmaße noch diskutiert, unstrittig ist aber, dass der Temperaturanstieg, längere Trockenperioden, Witterungsextreme wie Stürme und Starkregen sowie das Auftreten bisher in Mitteleuropa nicht gekannter Krankheiten und Schädlinge neue Anbau- und Haltungsmethoden sowie Anpassungen im Arten- und Sortenspektrum erfordern. Gleichzeitig werden negative Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und auf die Bodenfruchtbarkeit erwartet. In der Land- und Forstwirtschaft wird aber auch Kohlendioxid gebunden und damit ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Dies gilt besonders auch für den Anbau und die Verwertung nachwachsender Rohstoffe. Da die Landwirtschaft gleichzeitig Betroffener, Mitverursacher und Problembegrenzer der Klimaveränderung ist, müssen sowohl Anpassungs- als auch Vermeidungsstrategien entwickelt und umgesetzt werden.

1.3 Biodiversität

Der Verlust von biologischer Vielfalt macht auch vor Bayern nicht halt. 40 % der bewerteten heimischen Tierarten und die Hälfte der Gefäßpflanzen sind inzwischen Bestandteile der Roten Liste. Bis 2020 soll sich gemäß der bayerischen Biodiversitätsstrategie die Gefährdungssituation für mehr als 50 % der Rote-Liste-Arten um wenigstens eine Stufe verbessert haben. Dazu muss auch die Landwirtschaft wesentliche Beiträge leisten.

Die wesentlichen agrarischen Ursachen für den Artenrückgang und für Bestandseinbußen liegen im Verlust von Kleinstrukturen, Fruchtfolgeverengungen und in der intensiven Flächenbearbeitung. Aber auch die Aufgabe der Bewirtschaftung führt häufig zur Verschlechterung der Lebensbedingungen bedrohter Arten. Typische artenreiche Biotop von traditionellen Kulturlandschaften, wie Magerrasen, Heiden, Streuwiesen oder Feuchtbiotop können durch Nutzungsaufgabe oder Nutzungsänderungen bedroht sein.

Bayern hat es mit seinen Agrarumweltprogrammen, wie Kulturlandschaftsprogramm und Vertragsnaturschutzprogramm geschafft, dass auf über einer Million Hektar landwirtschaftlicher Fläche die Bewirtschaftungsintensität reduziert, wertvolle Landschaftsbestandteile erhalten und dem Verlust an Biodiversität entgegengewirkt wird.

Der Eintrag von Bodenpartikeln in die Gewässer wird im Wesentlichen durch den erosiven Abtrag von Oberboden auf landwirtschaftlichen Flächen verursacht. Er kann zu einer Verschlammung der Gewässersohle führen. Dadurch wird die Besiedelung des Kieslückensystems mit wirbellosen Kleintieren ebenso beeinträchtigt wie die Nutzung als Lebensraum von kieslaichenden Fischarten.

Obwohl in Bayern der Stickstoffüberschuss auf landwirtschaftlichen Nutzflächen in der Vergangenheit deutlich zurückgegangen ist, besteht auf intensiv bewirtschafteten Flächen weiterhin das Risiko des Austrags von Nitrat in Grundwasser und Oberflächengewässer sowie einer empfindlichen Störung der Ökosysteme. Stickstoffüberschüsse in Böden können auch zu Lachgasemissionen führen, die den Klimawandel beschleunigen.

1.4 Flächendeckende Landbewirtschaftung in Gefahr

Marktliberalisierung, Preisdruck und die Veränderung natürlicher Standortfaktoren werden in Bayern selbst bei Einsatz neuer Technologien die flächendeckende Landbewirtschaftung noch schwieriger machen. Dies betrifft vorrangig marginale, wenngleich landschaftlich besonders attraktive Standorte, auf denen mit der Aufgabe der Bewirtschaftung auch die Erbringung von Gemeinwohlleistungen auf dem Spiel steht. Damit verbunden wären negative Folgen für Landschaft, Regionalwirtschaft und die ländliche Bevölkerung. Beschäftigungsverluste als Folge der Einstellung der Landbewirtschaftung gehen deshalb weit über die Aufgabe landwirtschaftlicher Arbeitsplätze hinaus.

Bayern zeichnet sich auch durch vielfältige und besonders attraktive Naturräume aus, deren Bewirtschaftung mit erhöhten Aufwendungen verbunden ist und in der die Landwirtschaft allein nicht in der Lage ist, einem verschärften Wettbewerb standzuhalten. Dazu zählen zum Beispiel die Grünlandgebiete in den Berg- und Mittelgebirgsregionen oder andere Gebiete mit klimatischen oder anderen naturräumlichen Benachteiligungen. Auch für diese speziellen Regionen Bayerns, die vor allem auch für den Tourismus besonders bedeutsam sind, müssen Zukunftsperspektiven entwickelt werden.

In günstigen Lagen wächst die Konkurrenz um Grund und Boden weiter, zumal neben der Produktion von Lebensmitteln auch die Erzeugung von Biomasse zur energetischen und stofflichen Nutzung zunimmt und sich die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und andere nichtlandwirtschaftliche Zwecke fortsetzt. Eine der Folgen sind steigende Pachtpreise, die viele Betriebe in ihrer Entwicklung behindern, in dem sie den Gewinn drücken, die Bereitschaft zur Betriebsübernahme senken und zu einer weiteren Einkommensumverteilung von den Bewirtschaftern zu den Bodeneigentümern führen.

1.5 Ländliche Räume unter Anpassungsdruck

Unabhängig von der Entwicklung der Landwirtschaft stehen die ländlichen Räume, insbesondere durch Landflucht und die wachsende Urbanisierung, weltweit unter hohem Anpassungsdruck. Unstrittig ist, dass sich in Bayern eine Reihe ländlicher Regionen seit Jahren günstiger entwickelt hat als der Durchschnitt der städtischen Regionen. Dies gelingt vor allem am Rande von Ballungsräumen sowie bei Existenz eigener regionaler Zentren und einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur.

Dennoch ziehen die Defizite auf den regionalen Arbeitsmärkten sowie in der Ausstattung mit höherwertigen Bildungseinrichtungen und moderner Infrastruktur viele junge Menschen schon früh in die Stadt. Dieser Prozess wird durch die Änderungen der Lebensstile, insbesondere durch den Wunsch nach mehr Individualität und der Höherbewertung von Mobilität und Freizeit, noch beschleunigt. Niedrige Geburtenraten, rückläufige Zuwanderungen und Wanderungsverluste in den jungen Altersgruppen entziehen der ländlichen Gesellschaft künftige Leistungsträger und lassen sie schneller altern. Der Land- und Ernährungswirtschaft fällt eine wichtige Rolle bei der Sicherung von Beschäftigungsmöglichkeiten zu. Eine wirtschaftliche Aufwärtsentwick-

lung im gesamten ländlichen Raum wird jedoch nur gelingen, wenn dort auch höherwertige außerlandwirtschaftliche Beschäftigungsfelder erschlossen werden. Dafür ist es auch wichtig, die ländlichen Lebensverhältnisse weiterhin attraktiv zu gestalten und im Bewusstsein der Menschen besser zu verankern.

Die Folgen der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft werden die meisten ländlichen Regionen stärker zu spüren bekommen als die städtischen Ballungsgebiete. Diese Entwicklung führt auch zu veränderten Ernährungsgewohn-

heiten, zur Anpassung der Wohn- und Infrastruktureinrichtungen, zu einem Mehrbedarf an Betreuungsangeboten sowie zu einem Wandel im Bewusstsein der Gesamtgesellschaft. Gleichzeitig eröffnen diese Herausforderungen ein breites Betätigungsfeld für aufgeschlossene landwirtschaftliche Familien, weil in den ländlichen Räumen die verschiedenen Ansprüche in der Regel besser miteinander kombiniert werden können als im städtischen Umfeld. Neue Chancen bieten sich auch durch den Auf- und Ausbau von Stadt-Land-Kooperationen in den Bereichen Ernährung, Bildung, Freizeit und Kulturerleben.

2 Das gesellschaftliche und politische Umfeld

2.1 Gesellschaft und Landwirtschaft

Das Image der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit hat sich in den vergangenen Jahren stetig verbessert. Zweiseitig bleiben jedoch die teilweise idealisierenden Vorstellungen über die Landwirtschaft, die eine Kinderbuchidylle zeichnen. Diese Bilder sind zwar gut geeignet, um den Zugang zu Verbrauchern zu finden und werden deshalb auch oft in der Werbung verwendet, haben aber vielfach mit den Realitäten in den landwirtschaftlichen Betrieben nur wenig zu tun.

Von Kostendruck, Strukturwandel, der Notwendigkeit zur Vergrößerung der Produktionseinheiten, vom Bau neuer Ställe oder der Anwendung neuer Technologien, wollen Gesellschaft und Politik häufig nichts wissen. Besonders ausgeprägt ist die Technikfeindlichkeit in Teilen der Gesellschaft deshalb, weil es in den 1960er und 1970er Jahren tatsächlich durch eine Intensivierung der Landnutzung zu spürbaren Umweltschäden und Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes gekommen ist, aber auch, weil Technik und Chemie nicht in das romantische Bild passen, das viele Menschen mit der Landwirtschaft verbinden.

Auch der Vorwurf, die Landwirtschaft erhalte zu viele Subventionen, hält sich immer noch in der öffentlichen und politischen Diskussion. Das zeigt, dass umfassende Aufklärungsarbeit notwendig ist, um den Wert der Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft bewusst zu machen und in der Gesellschaft eine breite Akzeptanz für deren Honorierung zu schaffen.

2.2 Ernährung

Das Thema Ernährung und Fragen der individuellen Lebensstile sind unumstritten Leitthemen des 21. Jahrhunderts. Fragen der „richtigen“ Ernährung betreffen alle gesellschaftlichen Gruppierungen und beeinflussen maßgeblich das Wohlergehen und die Gesundheit jedes Einzelnen.

Daher wurde schon vor einiger Zeit das „Netzwerk Ernährung in Bayern“ aufgebaut, das Serviceangebote rund um das Thema Ernährung anbietet. Die Netzwerkpartner haben sich zu produktneutraler Beratung, unabhängig von Verkaufsgeschäften, verpflichtet. Zudem sind mittlerweile in acht Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ÄELF) Sachgebiete für den Bereich Gemeinschaftsverpflegung eingerichtet worden. Zahlreiche Akteure in der Gesellschaft, z. B. die Verbraucherorganisationen, entfalten vielfältige Aktivitäten zur Verbraucherbildung (Ernährung, Bewegung und Entspannung), so dass sich die Bildungsangebote in Bayern zu einer sinnvollen Angebotsvielfalt entwickelt haben.

Auf der einen Seite besitzt Bayern viele regionale Spezialitäten, die ein hohes Ansehen genießen. Das Label „Qualität aus Bayern (GQ-Bayern) und einzelne regionale Siegel zeigen dem Verbraucher die Qualität bzw. Herkunft von bayerischen Lebensmitteln. Alle diese Initiativen sind zwar durchaus sinnvoll, bleiben aber viel zu punktuell und daher ohne die notwendige Breitenwirkung.

Auf der anderen Seite besteht durch immer größere und international ausgerichtete Unternehmen der Ernährungswirtschaft die Gefahr, dass regionale Spezialitäten verschwinden. Die Vielfalt geht zugunsten von einheitlichen, industriell und in großer Menge billig gefertigten Produkten zurück.

In weiten Kreisen der Bevölkerung fehlt inzwischen weitgehend das Wissen und Bewusstsein über die Bedeutung einer gesunden Ernährung. Die Folgekosten für ernährungsbedingtes Fehlverhalten liegen in Deutschland in einer Größenordnung von jährlich rd. 65 Milliarden Euro. Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene sowie Anbieter von Gemeinschaftsverpflegung sind die wichtigsten Zielgruppen, um hier eine Trendumkehr in die Wege zu leiten. Vor allem eine zu energiereiche Kost in Kombination mit zu wenig Bewegung ist ein häufiger Grund für die Entstehung von Übergewicht und dessen Folgeerkrankungen. Gerade für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gibt es diesbezüglich zu wenig in Theorie und Praxis stimmige Bildungsangebote. Dazu kommt, dass Ernährungsfragen in der Forschung immer noch eher stiefmütterlich behandelt werden.

In Einrichtungen zur Gemeinschaftsverpflegung wird oft Aspekten der Regionalität, der Saisonalität und der Lebensmittelqualität zu wenig Rechnung getragen und die Verpflegung erfolgt überwiegend nach Kostenkriterien. Zum Teil widersprüchliche Empfehlungen in der privatwirtschaftlich organisierten Ernährungsberatung führen ebenfalls dazu, dass die Verbraucher eher verunsichert als überzeugt werden. Auch die Kennzeichnung der Produkte ist für den Verbraucher nicht transparent genug und er kann Lebensmittelqualität, Herkunft und Erzeugungsbedingungen oftmals nicht identifizieren bzw. nachvollziehen.

Ein weiterer Schwachpunkt ist, dass die Zuständigkeiten für Ernährungsfragen über mehrere Ministerien und zahlreiche Einrichtungen verteilt sind und eine Koordination noch dazu kaum stattfindet.

Gentechnisch veränderte Lebensmittel haben bis jetzt weder für die Verbraucher noch für die Landwirtschaft einen erkennbaren Nutzen gebracht. Das derzeit geltende Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen ist die Konsequenz daraus. Um die tierische Veredelung in bisherigem Umfang in Bayern halten zu können, ist eine bayerische Eiweißfuttermittel-Strategie notwendig.

2.3 Agrarpolitik

Das Agribusiness und der gesamte ländliche Raum haben in Bayern einen hohen wirtschaftlichen und politischen Stellenwert. So erwirtschaftet das Agribusiness einen jährlichen Umsatz von rd. 100 Milliarden Euro und bietet gut 700 000 Menschen Beschäftigung. Bayern stellt für den „grünen Sektor“ ein Budget auf Landesebene bereit, das zumindest in Deutsch-

land von keinem anderen Bundesland übertroffen wird. Zentrale Grundsätze bayerischer Politik, wie breite Eigentumsstreuung, Steuerung durch finanzielle Anreize vor Ordnungspolitik, Stärkung der Multifunktionalität und Förderung von KMU, begleitet von einer beispielhaften Infrastruktur- und regionalen Wirtschaftspolitik für die ländlichen Räume, haben zu einer außerordentlich positiven Entwicklung in den meisten ländlichen Gebieten Bayerns beigetragen.

Die Initiativen zum Aufbau Bayerns als Agrarexportland haben dazu geführt, dass inzwischen knapp 20 % des Gesamtumsatzes des Ernährungsgewerbes außerhalb Deutschlands erwirtschaftet werden. Dennoch muss sich Bayern sowohl auf der Produktions- als auch auf der Verarbeitungsstufe noch besser für die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und Liberalisierung der Agrarmärkte rüsten.

Eine große Stärke bayerischer Agrarpolitik ist auch ihre frühzeitige Ausrichtung auf die Interessen der gesamten Gesellschaft. Die Programme zur Erhaltung einer flächendeckenden Landwirtschaft (Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete), der Ausbau der Agrarumweltmaßnahmen (KULAP, VNP) sowie die Maßnahmen zur Diversifizierung und Stärkung einer multifunktionalen Landwirtschaft sind beispielhaft. Zur Sicherung ihrer hohen Wirkung ist es wichtig, die bayerischen Programme immer wieder anzupassen.

Die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft und die bayerische Agrarpolitik müssen sich jedoch in den meisten Bereichen nach den Vorgaben aus Brüssel und Berlin richten. Zahlreiche Kompetenzen, z. B. die Agrarsozialpolitik und die Steuerpolitik, liegen beim Bund. Um etwas verändern zu können, ist Bayern deshalb mit Ausnahme der Bereiche Bildung, Beratung und Forschung auf Bündnispartner angewiesen. Dennoch ist es Bayern immer wieder gelungen, auch eigene konzeptionelle Vorstellungen auf Bundes- und EU-Ebene zu verankern.

Die bayerische Politik hat es aber leider zum Teil versäumt, die Grenzen des politisch Machbaren deutlicher herauszustellen. So entzieht sich die international immer stärker verflochtene Wirtschaft zunehmend der Regelungsmöglichkeit einzelner Staaten. Agrarpolitik lässt sich nicht an der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Realität vorbei gestalten und erfordert eine intensive Koordination mit anderen Politikbereichen. Angesichts der schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte auf EU-, Bundes- und Landesebene muss in den nächsten Jahren hart darum gerungen werden, für die bayerische Agrarwirtschaft ausreichende Finanzmittel sicherzustellen.

2.4 Verbände und Nicht-Regierungsorganisationen

Der Organisationsgrad der Landwirtschaft ist in Bayern verhältnismäßig hoch. Das gilt sowohl für die berufsständische Vertretung als auch für die Mitgliedschaft in Spartenverbänden. Die Möglichkeiten, sich zu artikulieren und zu organisieren, sind damit gut. Eine mangelnde Koordination mindert jedoch die Einflussmöglichkeiten auf Wirtschaft, Gesellschaft und Politik deutlich.

Außerhalb der Landwirtschaft bringen zahlreiche Naturschutzverbände, Tierschutzgruppen und Konsumentenorganisationen sowie sich ad hoc bildende Bürgerinitiativen großes Interesse für landwirtschaftliche Themen auf und sind deshalb wichtige Gesprächs- und Diskussionspartner der Landwirtschaft im gesellschaftlichen Dialog. Solange sie jedoch mit konträren Positionen auftreten, finden sie nicht ausreichend Gehör.

Insgesamt könnten durch eine bessere Koordination der Verbände untereinander und eine frühzeitigere eindeutige Positionierung zu landwirtschaftlichen Themen klare Signale an die Politik gegeben werden.

2.5 Öffentliche Verwaltung

Die von der bayerischen Verwaltung gebotene hohe Rechtssicherheit, Kundenfreundlichkeit und Bürgerorientierung kommt in besonderer Weise auch der Landwirtschaft zugute. Sie wird jedoch häufig als selbstverständlich vorausgesetzt und gar nicht mehr wahrgenommen.

Die Landwirtschaftsverwaltung in Bayern zeichnet sich durch umfangreiche und vielfältige Serviceleistungen für die Land- und Ernährungswirtschaft aus, die in keinem anderen Bundesland in dem selben Ausmaß bestehen. So gibt es für alle Landwirte in erreichbarer Entfernung kompetente Ansprechpartner in allen Fragen der gemeinwohlorientierten Beratung (Trinkwasserschutz, Naturschutz, Gewässerschutz, Bodenschutz, Tierschutz), für die Antrags- und Förderberatung sowie zu Fragen der Aus- und Weiterbildung. Die Landwirtschaftsverwaltung entlastet damit die Landwirte von vielen Verwaltungsaufgaben und nimmt ihnen wesentliche Informationspflichten ab. Dabei wird zwischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben kein Unterschied gemacht.

Mit Hilfe der modernen Kommunikationstechnologien werden immer mehr Angebote auch auf elektronischem Weg bereitgestellt und für eine Reihe von Einzelmaßnahmen ist inzwischen bereits eine elektronische Antragstellung mög-

lich. Auch die Landesanstalten sind dazu übergegangen, das von ihnen generierte und aufbereitete Wissen über Internet- und Mailservicedienste zur Verfügung zu stellen.

Aufgrund der zunehmenden Aufgabenfülle bei gleichzeitigem Personalabbau ist die Landwirtschaftsverwaltung inzwischen allerdings vielfach überlastet. Eine wesentliche Ursache dafür sind die vielfältigen und komplexer gewordenen Förderprogramme. Das Streben nach einer Rundumversorgung und einer möglichst großen Einzelfallgerechtigkeit führt nach und nach zu einer Vielzahl von Ausnahmetatbeständen, die die Fehleranfälligkeit in der Förderverwaltung erhöhen und die Förderabwicklung erheblich beeinträchtigen. Erschwerend kommt die oft fehlende Förderkontinuität hinzu, die das Entstehen von Abwicklungsroutinen nahezu verhindert. Paradebeispiele für komplexe, verwaltungsaufwändige und fehleranfällige Förderprogramme sind die Agrarumweltmaßnahmen KULAP und VNP mit ihren vielfältigsten Kombinationsmöglichkeiten.

Durch verschiedene suboptimale Lösungen in der Landwirtschaftsverwaltung wird noch zu viel Personal gebunden, z. B. aufgrund zu vieler Dienststellen. Dies verhindert notwendige Synergieeffekte und behindert den Aufbau entsprechender Kompetenzen in den Bereichen Schule, Beratung und Förderabwicklung.

Mitschuld an dieser Situation trägt auch die Landwirtschaftsverwaltung, die lange Zeit versucht hat, die geforderte Rundumversorgung zu gewährleisten, und ebenso die Politik, die nach dem Prinzip der Einzelfallgerechtigkeit die Probleme der Landwirte zu lösen versucht hat, was auch notwendige Anpassungsprozesse verhindert oder hinausgezögert hat.

2.6 Forschung und Innovation

An der Notwendigkeit einer intensiven Forschung wird angesichts der globalen Herausforderungen in den Bereichen Ernährung und Nahversorgung, Energie und Umwelt sowie Klimawandel und Entwicklung ländlicher Räume nicht mehr gezweifelt. Die darauf aufbauende Anwendung nachhaltiger Strategien wird mehr und mehr zum Schlüssel für künftige wirtschaftliche Erfolge. Dies setzt Innovationen und die intensivere Nutzung neuer Erkenntnisse in allen Bereichen des Agrar- und Ernährungssektors voraus, einschließlich neuer Ansätze zur Stabilisierung ländlicher Räume.

Es sind innovative, leistungsstarke und ressourcenschonende Produktionssysteme notwendig, die trotz der fortdauernden Flächeninanspruch-

nahme für außerlandwirtschaftliche Zwecke die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln aus heimischer Erzeugung und einen wachsenden Beitrag zur Bereitstellung erneuerbarer Energien und Rohstoffe leisten können.

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sind jedoch bis jetzt in vielen Bereichen der Land- und Ernährungswirtschaft in Bayern unzureichend und die Innovationsrate ist insgesamt zu gering. Im Bereich der Agrar- und Gartenbauwissenschaften ist auf Hochschulebene neben einer grundlagenorientierten Forschung vermehrt auch eine systembezogene Forschung erforderlich. Des Weiteren muss für einen schnelleren Wissenstransfer in die Praxis gesorgt werden. Diese Neubewertung der Produktionssysteme folgt auch dem Leitbild einer zukunftsverantwortlichen Bioökonomie. Forschung und Entwicklung, ausgehend vom wissenschaftlichen Fortschritt und Erkenntnisgewinn mit dem Ziel einer umweltgerechteren und ressourcenschonenderen Bewirtschaftung, sind somit zentrale Elemente in der Gestaltung zukünftiger Lebensräume und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit in den Märkten.

Forschungsdefizite gibt es auch bei den Lebensmittelwissenschaften, weil die Notwendigkeit und die Bedeutung universitärer und privatwirtschaftlicher Forschung noch zu wenig erkannt werden. Ebenso sind die regionalwirtschaftlichen Potenziale, die insbesondere in der Diversifizierung stecken und die Chancen, die sie zur Stabilisierung ländlicher Unternehmen sowie zur Sicherung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen im ländlichen Raum bieten, noch nicht hinreichend untersucht.

Man lässt sich häufig auch die Chance entgehen, EU-Forschungsmittel gewinnbringend für die heimische Lebensmittelwirtschaft einzusetzen.

2.7 Bildungs- und Beratungseinrichtungen

In Bayern gibt es eine große Vielfalt staatlicher und nichtstaatlicher Bildungs- und Beratungsangebote im Bereich der Land- und Hauswirtschaft, die eine umfassende Aus-, Fort- und Weiterbildung für Bäuerinnen und Bauern im fachlichen und persönlichen Bereich kostengünstig anbieten. Entgegen früherer Befürchtungen hat die Zahl der Auszubildenden und FachschulbesucherInnen in der Landwirtschaft in den letzten Jahren zugenommen. Ein großes Interesse besteht auch an der einjährigen Fachschule für die Hauswirtschaft. Leider spiegelt sich diese Wertschät-

zung noch nicht in einer sachgerechten Entlohnung hauswirtschaftlicher Dienstleistungen wider. Zu wenig ausgebaut sind entsprechende Qualifizierungs- und Beratungsangebote zur Sicherung der Nachhaltigkeit und der Multifunktionalität der Landwirtschaft. Durch entsprechende Qualifizierungs- und Beratungsangebote könnte diese Lücke geschlossen werden.

Nachteilig sind die starke Zersplitterung der Bildungsangebote und die Konkurrenz zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Anbietern. Das Berufsschulwesen leidet darunter, dass die Lehrkräfte teilweise nicht mehr über genügend landwirtschaftliche Kompetenzen verfügen. Neben der zu geringen Zahl an agrarischen Lernmodulen fehlt in der Ausbildung insbesondere die Gesamtschau, die zur Beurteilung landwirtschaftlicher Prozesse und Organisationsentscheidungen unabdingbar ist. Angesichts der Breite des Berufsfelds „Agrarwirtschaft“ – von der Landwirtschaft über den Garten- und Landschaftsbau, die Floristik bis zur Tierpflege – müsste die landwirtschaftliche Ausbildung der Lehrer neben dem Zweitfach und der Pädagogik intensiviert werden. Es wäre wünschenswert, die Lehrkräfte an den Berufsschulen über ihre pädagogische Ausbildung hinaus auch in der Agrarwirtschaft besser zu qualifizieren.

Wie die letzten Jahre gezeigt haben, sind neben den produktionstechnischen und betriebswirtschaftlichen Kompetenzen auch Themen wie Unternehmerqualifikation, Krisen- und Risikomanagement, Kommunikation, Persönlichkeitsbildung und Marktcompetenz für den beruflichen Erfolg von wachsender Bedeutung. Diese werden im Ausbildungs- und Beratungsangebot stufenübergreifend bislang noch zu wenig berücksichtigt. Ähnlich ist es im Bereich der Diversifizierung, die als unternehmerische Strategie zur Erschließung neuer Geschäftsfelder und zur Ergänzung des landwirtschaftlichen Einkommens eine immer wichtigere Rolle spielt. Auf allen Stufen der Ausbildung und Beratung fehlt seit langem der Aspekt soziales Verhalten, obwohl unternehmerische Entscheidungen und individuelles Verhalten nicht allein nach rationalen Gesichtspunkten erfolgen. Ebenso fehlen Strukturen und Bildungsangebote für eine lebenslange Qualifizierung, die notwendig ist, um auf wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Veränderungen angemessen reagieren und von dem immer schnelleren Wissenszuwachs profitieren zu können.

Um diese Defizite rasch und wirksam verringern zu können, sollten die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der TUM, der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und der Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) im Bereich der For-

schung, der praxisorientierten Entwicklung und im Wissenstransfer noch stärker genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der kommenden Herausforderungen reicht es nicht, nur in einzelnen Bereichen Korrekturen vorzunehmen. Notwendig ist vielmehr eine grundlegende strukturelle, personelle und inhaltliche Reform der agrarischen Aus-, Fort- und Weiterbildung in Bayern.

Die Nachfrage nach Wirtschaftsleistungen des Haushalts erfährt aufgrund der demographischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Wandels derzeit eine Renaissance. Die damit verbundenen Chancen und Beschäftigungsmöglichkeiten sollten durch eine nachfrageorientierte Weiterentwicklung der hauswirtschaftlichen Bildungsangebote genutzt werden.

2.8 Medien

Landwirtschaft, Ernährungsfragen und die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Arbeit, z. B. Nahrungsmittel, Kulturlandschaft, sind in den Medien

durchaus präsent und tragen wohl auch zum insgesamt nach wie vor guten Image der bayerischen Landwirtschaft bei. Man kann auch feststellen, dass landwirtschaftliche und landwirtschaftsnahe Themen in den Wissenschaftsseiten von Tageszeitungen und in den Internetangeboten von Forschungseinrichtungen auf eine große Resonanz stoßen.

Das Interesse der Medienmacher liegt jedoch eher in der Darstellung kontroverser und exotischer Themen und im Verstärken von in der Gesellschaft vorhandenen Emotionen. Das Spektrum reicht dabei vom Umweltskandal bis zum Feature über bäuerliche Tüftler, vom Nachzeichnen romantischer Agrarvorstellungen bis zum Anprangern neuer Techniken. Im Hinblick auf die wichtige Rolle der Medien als Informationsvermittler und Gewissen des Staates, kann im Vergleich mit anderen Gruppierungen und Wirtschaftszweigen festgestellt werden, dass es auf landwirtschaftlicher Seite (staatliche Stellen, Verbände, Ernährungswirtschaft) in Bezug auf die Kommunikation einigen Nachhol- und Abstimmungsbedarf gibt.

3 Stärken und Schwächen in der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft

3.1 Konsum

Die bayerischen Verbraucher verfügen in der Regel über eine relativ hohe Kaufkraft. Dennoch verhalten sie sich beim Lebensmittelkauf sehr preisbewusst und der größte Teil der Konsumenten trifft Kaufentscheidungen primär nach der Preisgünstigkeit. Eine kontinuierlich wachsende Gruppe von Verbrauchern ist bereit, für ökologische oder regional erzeugte Lebensmittel höhere Preise zu bezahlen. Steigende Marktchancen haben auch ethische Produkte, Erzeugnisse aus besonders artgerechter Tierhaltung und Fair-Trade-Produkte. Eine andere, ebenfalls wachsende Konsumentengruppe, will sich besonders gesundheitsbewusst ernähren und ist dafür bereit, mehr Geld auszugeben.

Leider hat sich bei vielen einheimischen Verbrauchern bis heute keine ausgeprägte Qualitäts- und Feinschmeckertradition entwickelt, wie z. B. in Frankreich, Italien oder Österreich. Dies fördert den Zugriff auf möglichst billige Nahrungsmittel. Hochwertige, oft ausländische Spezialitäten werden – gewissermaßen als Luxus – nur gelegentlich gekauft. Vielfach fehlen der Wille und die Möglichkeit, sich bei Lebensmitteln mit Qualitäts- und Herkunftsfragen zu beschäftigen oder für den Einkauf, die Zubereitung oder den Verzehr

einen größeren Aufwand zu betreiben. Da sich immer mehr Menschen außer Haus verpflegen, wird es schwieriger auf die Auswahl der Grund- oder Halbfertigprodukte direkt Einfluss nehmen zu können. Zur Förderung des nachhaltigen Konsums sollen die Verbraucher mehr Informationen darüber erhalten, unter welchen Bedingungen die Lebensmittel produziert wurden. Mögliche Wege sind freiwillige Siegel der Wirtschaft, die internationale Sozial-, Nachhaltigkeits- und Tierschutzstandards wiedergeben, sowie die Entwicklung glaubwürdiger und verbindlicher Kennzeichnungen für umwelt- und klimafreundliche Produkte.

3.2 Vermarktung

Der Verbraucher kann in Bayern nach wie vor zwischen den verschiedensten Verkaufsstätten für Lebensmittel wählen. Das Spektrum reicht von den marktdominanten Discountern über Lebensmittelfachmärkte und das Ernährungshandwerk bis hin zur Direktvermarktung.

Die große Konkurrenz und wachsende Konzentration im Lebensmittelhandel verursachen allerdings einen starken Wettbewerb über den Preis,

der in der Regel bis zum Erzeuger durchschlägt. Der hohe Absatzanteil im Discountbereich und der steigende Anteil von Handelsmarken führen zu einer Anonymisierung der Produkte und Herkünfte. Regionale Erzeugnisse und höherpreisige Waren sind in Discountläden häufig noch nicht vertreten. Dies steht im Widerspruch zur wachsenden Nachfrage nach regionalen Produkten.

Eine für den Konsumenten einfache Möglichkeit, regionale Produkte zu identifizieren, wie das im Ernährungshandwerk teilweise noch möglich ist, existiert bislang meist nicht. Ein Grund dafür liegt in den unzureichenden Kennzeichnungsvorschriften, nach denen z. B. nur der Ort der Verarbeitung anzugeben ist, nicht jedoch die Herkunft der Hauptbestandteile. Ein weiterer Grund liegt bei den Landwirten und Erzeugerorganisationen selbst, weil sie es bislang versäumt haben, intensiver entlang der Produktkette zu kooperieren, den Bindungsgrad zwischen Handel, Verarbeiter und Landwirt zu verbessern und mit innovativen Ideen auch alternative Vermarktungsschienen zu bedienen, z. B. die Gastronomie oder Großküchen. Für die Vermarktung außerhalb Bayerns fehlt meist ein einheitliches Auftreten, wie es z. B. für französische Produkte oder Erzeugnisse aus Südtirol längst selbstverständlich ist.

3.3 Verarbeitung und Logistik

In Bayern haben in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Betriebe der Lebensmittelwirtschaft – überwiegend KMU, wie z. B. Genossenschaften, laufend und modernisiert, um mit der rasanten Entwicklung in diesem Sektor mithalten zu können. Einzelne Firmen konnten dabei große Qualitäts- und Innovationserfolge erzielen. Wenngleich im Lebensmittelhandwerk die Zahl der Betriebe beträchtlich zurückgegangen ist, blieb dennoch eine große Vielfalt an Kleinunternehmen bestehen, die regionaltypische Erzeugnisse herstellen und professionell anbieten. Für einige Nischen existieren sehr erfolgreiche neue Geschäftsideen, z. B. die Herstellung von Halbfertigprodukten oder das Angebot moderner Dienstleistungen im Cateringgeschäft oder für den Veranstaltungsbereich.

Der Rückgang der handwerklichen Gewerbeunternehmer führt vor allem in Randlagen sowohl bezüglich der Absatzmöglichkeiten der Landwirte als auch hinsichtlich der Einkaufsmöglichkeiten der Bevölkerung zu wachsenden Problemen.

Der Trend zur Spezialisierung auf wenige Produkte steigert zwar die Effizienz, aber die Abhängig-

keit und das Risiko des Preisdruckes wächst dabei ebenso wie die Krisenanfälligkeit. Die wichtigsten Voraussetzungen, um große Mengen international wettbewerbsfähig absetzen zu können, sind entsprechende Großabnehmer und eine schlagkräftige Logistik.

Ein erheblicher Teil der Verarbeiter war in der Vergangenheit nicht innovativ genug. Die Veredlungstiefe und die Veredelungsgüte reichen deshalb in vielen Fällen nicht mehr aus, um nachhaltig hinlängliche Renditen zu erzielen und im Wettbewerb bestehen zu können.

Je länger die Beschaffungs- und Verteilerwege werden, je mehrstufiger der Produktionsprozess und je vielfältiger die Produktpalette wird, umso notwendiger werden moderne Logistikdienstleistungen. Hier ist Bayern zwar gut aufgestellt, aber die Konsumenten hegen zunehmend Zweifel, ob alle Transporte tatsächlich notwendig sind oder ob es nicht möglich wäre, diese abzukürzen und damit die Umwelt zu entlasten.

3.4 Zusammenarbeit von Handel, Verarbeitern und Landwirten in Produktketten

Aufgrund der vielfältigen Strukturen in Produktion und Verarbeitung sowie im Lebensmittelhandel bestehen grundsätzlich gute Voraussetzungen, Produktketten aufzubauen. Anknüpfungspunkte dafür bieten die Erzeugerzusammenschlüsse (z. B. Erzeugergemeinschaften, Erzeugerringe, Genossenschaften).

Abgesehen vom Marktstrukturgesetz und dem Genossenschaftsmodell fehlen bis jetzt sowohl die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen als auch ausreichende Impulse zum Aufbau von Produktketten, um gemeinsame Kommunikations- und Vermarktungsstrategien zu entwickeln sowie die Innovationskraft zu stärken.

Trotzdem haben sich bisher selbst im Ernährungshandwerk, bis auf wenige Ausnahmen kaum Partnerschaften zwischen Erzeugern und Verarbeitern herausgebildet. Es fehlt hier an der Bereitschaft der Marktpartner, innerhalb eines vertraglich vereinbarten Rahmens enger zusammenzuarbeiten. Allerdings sind viele Erzeugerzusammenschlüsse bisher auch nur wenig bereit oder in der Lage, ausreichend große Angebotsmengen zu definierten Qualitäten mit entsprechenden Preisauflagen zu vermarkten.

3.5 Landwirtschaft und ländliche Räume

Die ländlichen Räume umfassen in Bayern rd. 85 % der Fläche mit 60 % der Bevölkerung. Trotz schrumpfender Beschäftigtenzahlen prägt die Landwirtschaft die Lebensverhältnisse und die Kultur im ländlichen Raum bis heute maßgeblich. Das Agribusiness bietet die Beschäftigung für rd. 12 % der Erwerbstätigen. Die große Zahl von kleinen und mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben macht darüber hinaus den ländlichen Raum – dank der stärker regionalen Absatzorientierung – von Schwankungen auf den Weltmärkten weniger abhängig. Dabei spielen auch das regionale Verantwortungsdenken vieler Unternehmer sowie die Zuverlässigkeit und Leistungsbereitschaft der Beschäftigten, insbesondere auch der Landwirte, eine wichtige Rolle.

Trotz der Konzentration von Wissenschaft und Forschung in den Verdichtungsräumen haben viele Innovationen ihren Ursprung im ländlichen Raum. Wie der Bereich der erneuerbaren Energieträger zeigt, gelingt es dabei immer wieder, aus Bestehendem heraus Neues zum Vorteil der gesamten Gesellschaft zu entwickeln. Das gilt auch für die Erschließung neuer Zielgruppen im Agrotourismus oder für den Aufbau neuartiger Betreuungs- und Pflegekonzepte für unterschiedliche Altersgruppen. Die Landwirte tragen dabei als ländliche Unternehmer durch die Übernahme neuer Tätigkeiten zur Diversifizierung und Stabilisierung sowohl ihrer Betriebe als auch der regionalen Wirtschaftsstruktur bei.

Über ihre Wirtschaftstätigkeit hinaus übernehmen die Landwirte große Verantwortung für die nachhaltige Gestaltung der Kulturlandschaft und den Schutz der natürlichen Umwelt. Attraktive und vielfältige Landschaften und gesunde Umweltbedingungen sind im Verbund mit ebenfalls von Landwirten gestützten sozialen Netzwerken wichtige Elemente ländlicher Lebensqualität und werden auch von der Wirtschaft als günstige Standortfaktoren geschätzt.

Der gesellschaftliche Wandel und die damit einhergehenden Änderungen in den Lebens- und Wohnstilen führen leider immer öfter zu Einschränkungen in der Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe und bei der Modernisierung von Dörfern. Das Verständnis für die besonderen Produktions- und Lebensbedingungen in der Landwirtschaft geht zunehmend verloren und Vorteile der ländlichen Gesellschaft werden nicht mehr angemessen geschätzt. Mit der Dominanz nichtlandwirtschaftlicher Interessen in den Kommunen entstehen neue Konflikte um die Prioritäten der Flächennutzung, um die Art der Tierhaltung oder um die Zulässigkeit von Emissionen. Instrumente zur Lösung solcher Nutzungskonflikte

bleiben deshalb auch weiterhin wichtig. Zugleich müssen sich die ländlichen Gemeinden ihrer Verantwortung für die heimischen Landwirte und die Sicherstellung der von ihnen gebotenen Gemeinwohlleistungen im Rahmen einer „kommunalen Agrarpolitik“ stärker bewusst werden.

Leider schwindet mit der schrumpfenden Zahl wohnortnaher gewerblicher Arbeitsplätze zugleich eine wichtige Voraussetzung für die Fortführung der Landbewirtschaftung, wenn junge Landwirtschaftsfamilien keine Möglichkeit mehr zum Nebenerwerb oder für sich keine ausreichende Lebensqualität sehen. Es fehlt sowohl an ausreichender moderner Infrastruktur als auch am Aufbau „neuer Märkte“. Um gewerbliche Ansiedlungserfolge zu erzielen oder im Bestand gefährdete Arbeitsplätze zu sichern, mangelt es bisher teilweise an Beratung, Qualifizierung und Förderung, besonders aber an spezifischen Innovationen und zukunftsweisenden Kommunikationstechnologien, wie z. B. der Breitbandversorgung. Gerade in schwach versorgten ländlichen Räumen ist der Ausbau dieser Technologie mit Nachdruck zu forcieren.

Die traditionellen Instrumente der Flurneuordnung und Dorferneuerung haben sich zur Lösung von Konflikten zwischen landwirtschaftlichen und kommunalen Interessen seit vielen Jahren bewährt. Daneben bieten vereinfachte Verfahren oder private Nutzungsvereinbarungen den Landwirten arbeitswirtschaftliche Vorteile und deutliche Kostenminderungsmöglichkeiten. Aufgrund der Komplexität der Herausforderungen und Lösungsansätze im ländlichen Raum müssen neue Instrumente zusammen mit anderen Planungs- und Förderansätzen enger abgestimmt und gebündelt werden. Das betrifft Instrumente der Landesplanung, z. B. Regionalmanagement, ebenso wie die Förderung lokaler und regionaler Entwicklungsinitiativen, z. B. LEADER, INTERREG. Regionale Entwicklungskonzepte wären geeignete Instrumente, um gemeindeübergreifend Entwicklungsplanungen fachlich und räumlich zu bündeln.

Leider ist die politische Verantwortung für die Entwicklung der ländlichen Räume bisher nicht in einem federführenden Ministerium konzentriert und es fehlt eine ressortübergreifende Koordination aller einbezogenen Ministerien und Verwaltungen. Daher kann der Querschnittsaufgabe „Entwicklung ländlicher Räume“, die durch neue Herausforderungen etwa in der Beschäftigungs-, Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik eher noch komplexer geworden ist, nur unzureichend entsprochen werden.

3.6 Landwirtschaftliche Dienstleistungen

Die wichtigste Dienstleistung der Landwirte besteht in der Bereitstellung von öffentlichen Gütern, wie der Pflege der Kulturlandschaft, dem Ressourcenschutz und der nachhaltigen Gestaltung der natürlichen Umwelt. Landschaftliche Attraktivität besitzt eine wichtige regionalwirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung. Sie ist die Grundlage für die Qualität unseres Lebensraumes und die touristische Erschließung vieler Regionen. Als Element der lokalen Lebensqualität bestimmt sie zugleich mit über die Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft im ländlichen Raum.

Viele Landwirte haben sich erfolgreich als Anbieter von Dienstleistungen auf dem Markt etabliert. Viele Kommunen und private Bürger nutzen deren Netz auch für nicht landwirtschaftliche Aufgaben, z. B. kommunale Dienstleistungen, Transportarbeiten, Recycling oder Energiebereitstellung.

Die Perspektiven für landwirtschaftliche Dienstleistungen sind ausgesprochen günstig. Die gesellschaftliche Wertschätzung für öffentliche Güter wie Qualität der Landschaft, Sicherung von Boden, Wasser und Artenvielfalt oder die Erhaltung authentischer ländlicher Kultur bleibt hoch. Gleiches gilt für den Landtourismus, für gastronomische Angebote oder die Übernahme von Betreuungs- und Pflegeleistungen. Das durchweg positive Image der Landwirtschaft ist für diese Aufgaben ein wichtiger Katalysator.

Bei der Übernahme von Dienstleistungen können Landwirte gegenüber gewerblichen Konkurrenten wichtige Vorteile nutzen. Dazu zählen die breite Faktorausstattung der Betriebe, Kundenkontakte, Erfahrungen und besonderes Know-how vieler Landwirte. Vorteilhaft sind auch die z. T. noch freien Arbeitskapazitäten und die breite berufliche Aufstellung der zur Unternehmerfamilie gehörenden Haushaltsmitglieder.

Trotz vieler überzeugender Beispiele werden die Chancen im Dienstleistungsbereich aber noch viel zu wenig genutzt. Die Fixierung auf die Produktion von agrarischen Rohstoffen, die lange Bindung an große Investitionen, aber auch die stark produktionsorientierte berufliche Ausbildung und Beratung, verschließen den Blick auf neue Märkte. Dabei wird oft ignoriert, dass die hohe Kaufkraft der Konsumenten vorrangig im Dienstleistungsbereich zusätzliche Marktspielräume eröffnet.

Bei der Übernahme von Dienstleistungen auf einem freien Markt entscheiden jedoch Qualität und Professionalität über den wirtschaftlichen Erfolg. Häufig mangelt es dabei an fundierten

unternehmerischen Fähigkeiten, der nötigen fachlichen Qualifizierung und der Veränderungsbereitschaft.

Bei vielen Landwirten ist das Konkurrenzdenken leider stärker ausgeprägt als ihre Bereitschaft zur Kooperation. Das behindert die kontinuierliche Marktbeschickung und zugleich die notwendige Spezialisierung der Angebote im Rahmen einer regionalen Vermarktungsstrategie. Allerdings sind auch die Möglichkeiten einer laufenden Marktbeobachtung, wie sie für Agrarprodukte Standard sind, nicht ausreichend vorhanden.

Während der Markt für private Dienstleistungen primär von der Nachfrage bestimmt wird, hängt die Verfügbarkeit öffentlicher Güter von der Angebotsseite ab. Deren nachhaltige Bereitstellung gerät in Gefahr, wenn die Existenzgrundlage der landwirtschaftlichen Betriebe schwindet. Die Sicherung von Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft wird deshalb nur gelingen, wenn den landwirtschaftlichen Betrieben vor Ort ausreichende Entwicklungsspielräume eingeräumt werden. Das verlangt auch eine höhere kommunale Agrarverantwortung und eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips.

3.7 Überbetriebliche Zusammenarbeit

Im Bereich der Außenwirtschaft verfügt Bayern über ein dichtes Netz leistungsfähiger Maschinen- und Betriebshilfsringe sowie Lohnunternehmer, die den überbetrieblichen Einsatz von Maschinen und Arbeitskräften organisieren oder Teilbereiche der Außenwirtschaft übernehmen und dadurch auch kleineren Betrieben eine kostengünstige Teilnahme am technischen Fortschritt ermöglichen. Der Einsatz von Arbeitskräften dient vor allem dazu, Arbeitsspitzen zu brechen, Ausfälle zu kompensieren oder Urlaubsvertretungen zu organisieren. Auch neue Techniken zur Optimierung der Logistik und der Einsatzplanung, z. B. GPS, werden zunehmend genutzt. Daneben bestehen einzelne, sehr positive Beispiele von Betriebsgemeinschaften und Kooperationen, um die vorhandenen Produktivitätsreserven möglichst effizient nutzen zu können. Mit den vorhandenen Selbsthilfeeinrichtungen sind gute Voraussetzungen für ein arbeitsteiliges Wirtschaften zwischen Betrieben unterschiedlicher Größe und Produktionsrichtung gegeben, die allerdings noch umfangreicher genutzt werden könnten.

Leider hat sich die gemeinsame Nutzung von Maschinen und Geräten oder die Auslagerung kompletter Mechanisierungsketten noch nicht hinreichend in einer Reduzierung des eigenen

Maschinenbesatzes niedergeschlagen. Die Begründungen dafür, z. B. mangelnde Arbeits erledigung in bestimmten Zeitfenstern und bei Arbeitsspitzen, sind wenig überzeugend. Völlig unbefriedigend ist derzeit noch die Zusammenarbeit bzw. die vertraglich organisierte Spezialisierung (Auslagerung einzelner Arbeitsschritte an Partnerbetriebe) im Bereich der Tierhaltung. Hier könnten erhebliche betriebswirtschaftliche Reserven mobilisiert und auch große soziale Fortschritte durch Arbeitserleichterungen erzielt werden.

3.8 Landwirte als Unternehmer

Die bayerischen Landwirte zeichnen sich in der Regel durch eine starke Bindung an ihren Betrieb, an ihr dörfliches Umfeld und an den Beruf des Landwirts aus. Das Eigentum an Grund und Boden und die Vorteile einer familiären Arbeitsverfassung bilden nach wie vor zentrale wirtschaftliche Grundlagen der Betriebe, auch wenn der Pachtanteil weiter steigt. Die überwiegende Nutzung eigener Faktoren spiegelt sich in einer im Bundesvergleich hohen Eigenkapitalquote wider, welche die Finanzierung betrieblicher Investitionen erleichtert. Viele Betriebsleiter verfügen über ein hohes produktionstechnisches Know-how, was sich in hohen Erträgen und geringen Kosten niederschlägt. Die Arbeitswirtschaft wird in der Regel von familieneigenen Arbeitskräften erledigt. Das bietet den Betrieben, insbesondere in Krisenzeiten, mehr Stabilität und Flexibilität. Größere Betriebe nutzen aber auch zunehmend die Möglichkeit, Lohnarbeitskräfte zur Entlastung und als Voraussetzung für weiteres Wachstum einzusetzen.

Die Nebenerwerbslandwirte bewirtschaften inzwischen 54 % der Betriebe mit 27 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche Bayerns. Wo wohnortsnahe Arbeitsplätze vorhanden sind, fällt die Kombination mit außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten nicht schwer.

Allerdings haben viele Landwirte häufig Schwierigkeiten, die richtigen unternehmerischen Anpassungsschritte zu wählen, um sich an Veränderungen von wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen rechtzeitig anzupassen oder auch neue Chancen aufzugreifen. Hinzu kommen kommunikative Defizite, die besonders bei der Planung und Realisierung größerer Investitionsprojekte, z. B. Neubau eines Stalles, der Emissionen zur Folge hat, aber auch bei der Kommunikation mit den Marktpartnern und Kunden sowie bei der Vermittlung eines zeitgemäßen Bildes der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit, auftreten.

Leider nehmen deshalb trotz Globalisierung der Wirtschaft und zunehmend deregulierten Agrarmärkten viele Landwirte ihre Rolle als eigenverantwortlich handelnde Unternehmer immer noch nicht genügend wahr. Sie wenden sich bei auftretenden Schwierigkeiten zunächst hilfeschend an Politik und Staat mit der Forderung, vor allem letzterer müsse finanzielle Unterstützung leisten oder Änderungen an den Rahmenbedingungen vornehmen.

3.9 Produktionsbedingungen und Agrarstrukturen

Im europäischen Vergleich sind sowohl die natürlichen Produktionsvoraussetzungen als auch die wirtschaftlichen Standortvoraussetzungen in Bayern günstig. Die Landwirte können auf durchwegs fruchtbaren Böden wirtschaften und – abgesehen von den Gebieten mit temporärer Trockenheit in Franken – mit ausreichenden Niederschlägen rechnen. Auch ist das Wissen vorhanden, wie diese Potenziale nachhaltig genutzt werden können. Bei zahlreichen landwirtschaftlichen Produkten, z. B. Zuckerrüben, Sonderkulturen, Futterpflanzen, Rindfleisch, kann sich die heimische Landwirtschaft mit den leistungsfähigsten Erzeugungsregionen weltweit messen. Qualifizierte Arbeitsplätze in den prosperierenden ländlichen Räumen ermöglichen eine Kombination von landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten und damit eine wirtschaftliche Stabilisierung der Betriebe. Aufgrund der Vielfalt der landwirtschaftlichen Strukturen sind die Betriebe auch in der Lage, die von der Gesellschaft gewünschten öffentlichen Güter flächendeckend bereit zu stellen.

Nachteilig sind die geringe Faktor-Ausstattung, z. B. Fläche, Viehbestandsgröße, der meist klein- bis mittelbäuerlich strukturierten Betriebe, die zum Teil veralteten Strukturen und Einrichtungen in der Tierhaltung, die schwierigen Bewirtschaftungsverhältnisse in den benachteiligten Gebieten, ungünstige Feldstrukturen sowie der starke Druck auf die Landwirtschaft durch die Wohnbebauung.

Obwohl zwingend Veränderungen notwendig wären, werden Beratungsempfehlungen oft erst verspätet und meist nicht flächendeckend umgesetzt. Bereiche, in denen diese Defizite offensichtlich zutage treten, sind die Ferkelerzeugung und die Milchwirtschaft.

Aber auch ganz allgemein werden Potenziale des technischen Fortschritts, z. B. effiziente Futterwirtschaft, optimale Ausnutzung der Wirtschaftsdünger, beschleunigter Sortenwechsel, Nutzung neu-

ester Technik durch überbetriebliche Zusammenarbeit, häufig nur unzureichend ausgeschöpft.

3.10 Soziale Absicherung der Landwirte und Daseinsvorsorge

In der Landwirtschaft werden noch viele Aufgaben von Angehörigen übernommen, die andernfalls von der Solidargemeinschaft getragen werden müssten. Dies spart der Gesellschaft erhebliche Kosten und hat auch für die Betroffenen selbst Vorteile. So müssen z. B. die Altenteiler in der Regel keine Miete entrichten und bei ihrer Versorgung und Pflege helfen oft Familienmitglieder mit. Zudem sind die Altenteiler häufig noch in betriebliche Abläufe eingebunden, was ihrem Leben mehr Sinn verleiht. In vielen Fällen leisten sie aber auch noch wichtige Beiträge zum Erhalt und zur Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes. Bei Kindern und Jugendlichen, die in Mehrgenerationenhaushalten aufwachsen, wird die generationenübergreifende Verständigung gefördert und zugleich die Betriebsleiterfamilie entlastet, wenn sich die ältere Generation bei der Betreuung der Kinder einbringt.

Die soziale Sicherung der bäuerlichen Familien wird über die landwirtschaftliche Sozialversicherung (LSV) abgedeckt. Nach dem Prinzip „Sicherheit aus einer Hand“ bietet die LSV Absicherung gegen die Risiken des Alters, der Erwerbsunfähigkeit, Krankheit und Pflege sowie bei Berufsunfällen und Berufskrankheiten. Der Erhalt eines eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems muss auch künftig Leitlinie bayerischer Agrarsozialpolitik sein. Gleichwohl darf dieses System keine Strukturen konservieren, sondern muss sich insbesondere agrarstrukturellen Entwicklungen anpassen und künftigen Herausforderungen stellen.

Das System der Altershilfe der Landwirte (AdL) ist als Teilsicherung konzipiert und bedarf daher notwendigerweise einer ergänzenden Privatvorsorge (Übergabeleistungen und evtl. private Altersvorsorge). Die eigenständige Versiche-

rungspflicht für Landwirtehegatten hat sich bewährt. Die gesetzlich verankerte Defizithaftung des Bundes zur Finanzierung des strukturwandelbedingten Defizits in der AdL ist auch künftig unverzichtbar.

Das Leistungsspektrum der Landwirtschaftlichen Krankenversicherung (LKV) ist bedarfsgerecht auf die landwirtschaftlichen Familien und deren Unternehmen abgestimmt, z. B. Betriebs- und Haushaltshilfe. Die Beitragsbemessung nach Beitragsklassen hat auch weiterhin ihre Berechtigung.

Die landwirtschaftliche Unfallversicherung (LUV) wurde im Jahr 2008 grundlegend reformiert. Durch eine zielgenauere Ausrichtung der LUV-Leistungen, eine Absenkung des Rentenbestandes durch eine Sonderabfindungsaktion für kleinere Unfallrenten sowie eine Budgetierung der Verwaltungskosten der LSV-Träger wurde das Fundament für eine zukunftsfähige, leistungsstarke und vor allem auch bezahlbare Unfallversicherung gelegt. Bayern hat den Auftrag zur Schaffung moderner und stärker am Unfallrisiko ausgerichteter Beitragsmaßstäbe vollumfänglich erfüllt. Die Umstellung des Bemessungsmaßstabs für die Beiträge von dem bisherigen reinen Flächenwert auf den Arbeitszeitbedarf führt jedoch zu deutlich höheren Beiträgen bei den viehhaltenden Betrieben.

Seit 2008 wurden die Organisationsstrukturen in der LSV deutlich gestrafft. Zentrale Aufgabenbereiche wurden von den regionalen LSV-Trägern auf den im Jahr 2008 neu gegründeten Spitzenverband der LSV (LSV-SpV) verlagert. Bayern sollte die Schaffung leistungsstarker und effizienter Verwaltungsstrukturen nachhaltig unterstützen. Regionale Belange, die die Besonderheiten der bayerischen Agrarstrukturen berücksichtigen, müssen aber auch in einem stärker zentralisierten System beachtet werden.

Die Dorf- und Betriebshilfe ist ein bewährtes Instrument, um die Weiterführung der Betriebe in Notlagen zu sichern, muss aber unter Wahrung eines flächendeckenden Angebots weiter optimiert werden.

4 Werte und Ziele der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft

4.1 Zentrale Werte

Der volkswirtschaftliche Wert

Die Landwirtschaft zusammen mit den vor- und nachgelagerten Bereichen einschließlich des Lebensmittelhandels ist sowohl materiell als auch immateriell ein hohes Gut für Bayern. Nach wie vor ist das Agribusiness in vielen ländlichen Regionen das Rückgrat der Wirtschaft.

Der Reichtum an Kulturlandschaften und eine lebendige ländliche Kultur

Einen besonderen Wert stellen die von der Land- und Forstwirtschaft im Wechselspiel mit der Natur hervorgebrachten Kulturlandschaften dar, die es auch zu pflegen und zu bewahren gilt. Ebenso ist es in Bayern überwiegend gelungen, die Böden fruchtbar und die Gewässerbelastung relativ gering zu halten.

Auch die ländliche Kultur, die ja zu einem großen Teil Ausdruck bäuerlicher Lebensart ist, spielt in Bayern eine größere Rolle als anderswo in Deutschland. Trachtenvereine, Volksmusik, Volkstheater oder andere Formen von Volkskultur machen Bayern in der Welt unverwechselbar.

Familien- und Gemeinschaftssinn

Auf dem Land sind sowohl die Familien und nachbarschaftlichen Bindungen als auch das Vereinswesen und die dörflichen Beziehungen noch deutlich stärker ausgeprägt als im urbanen Milieu. Das wirkt als stabilisierendes Element in den ländlichen Gesellschaften und kann auch ein Gefühl von Geborgenheit und Hilfe geben, insbesondere bei Schicksalsschlägen oder Naturkatastrophen.

Bäuerlichkeit und das Bekenntnis zu Multifunktionalität und Nachhaltigkeit

Der Wert der öffentlichen Güter wird erst dann richtig erkannt und sichtbar, wenn ihre Bereitstellung gefährdet ist. Daher sind das in Bayern stark ausgeprägte Bekenntnis zur Bäuerlichkeit, die Betonung der vielfältigen Funktionen der Landwirtschaft und der sorgsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu unverzichtbaren Werten geworden. Teil dieser Auffassung von Landwirtschaft ist es auch, auf den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zu verzichten, zumindest solange, wie weder

für KonsumentInnen noch für die Landwirtschaft ein besonderer Nutzen erkennbar ist. Patente auf Pflanzen und Tiere sind abzulehnen.

Die Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft, das generationsübergreifende Verständnis und die gegenseitige Fürsorge sind, insbesondere auch für ältere Menschen, von besonderem Wert und haben Vorbildcharakter für andere gesellschaftliche Gruppen.

Breite Streuung des Eigentums und privates Unternehmertum

Privateigentum und eine breite Eigentumsstreuung sowie eine Wirtschaft, die auf privatem Unternehmertum fußt, sind Grundpfeiler des bayerischen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialmodells. Das Festhalten am Eigentum über Generationen hinweg ist der beste Beweis dafür. Eine solche Lebensauffassung fördert einen wertorientierten Lebensstil und ein besonderes Verantwortungsgefühl den kommenden Generationen gegenüber.

Sich diese Werte bewusst zu machen, heißt nicht, ihre vielfachen Gefährdungen zu ignorieren oder gar eine heile Welt vorzugaukeln, sondern sie in den Zielen und Maßnahmen des Bayernplans 2020 zu bedenken. Dies schließt auch ein, nicht einfach die Tradition fortzuführen, ohne sie zu hinterfragen, sondern alle Mittel, die zur Verfügung stehen, sinnvoll einzusetzen, um den gesamten Agrar- und Ernährungsbereich zukunftsfähig zu machen.

4.2 Zentrale Ziele

In Kenntnis der Stärken und Schwächen des bayerischen Agrar- und Ernährungssektors und basierend auf den vorgenannten Werten sollen folgende Ziele nachhaltig und energisch verfolgt werden:

Bewusstsein für gesunde Ernährung und nachhaltige Lebensstile schaffen

Ziel muss es sein, das Wissen über unsere Lebensmittel und deren Verarbeitung sowie deren Wirkung auf unsere Gesundheit deutlich zu erweitern, das Ernährungsbewusstsein zu schärfen, Mut zur Veränderung unserer Lebensstile zu machen und eine positive Lebenseinstellung zu fördern. Damit einher gehen soll auch ein stärker-

rer Bezug zu den heimischen Produkten und zur regionalen Küche.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, die wachsende Bedeutung von haushaltsnahen Dienstleistungen für Familie und Gesellschaft besser herauszustellen.

Nachhaltig erfolgreiche landwirtschaftliche Unternehmer und Verarbeiter ermöglichen

Ziel muss es sein, in erster Linie die heimischen Märkte optimal zu bedienen, aber auch bayerische Produkte, möglichst hoch veredelt, in kaufkräftigen Märkten außerhalb Bayerns zu platzieren. Die ländlichen Unternehmer müssen in ihrer Unternehmerrolle gestärkt, ihre Aus- und Weiterbildung sowie die Beratung optimiert, Innovationen gefördert und die Produktionsbedingungen verbessert werden. In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, die Einkommensrisiken aufgrund wachsender Marktvolatilitäten mit geeigneten Instrumenten abzufedern. Die unternehmerischen Fähigkeiten auf dem Lande sollten schließlich nicht nur in der Landwirtschaft und Verarbeitung erfolgreich eingesetzt werden, sondern sich auch darüber hinaus für eine positive wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Räumen umfassend entfalten.

Ausreichende soziale Sicherheit gewährleisten

Ziel muss es sein, ein eigenständiges agrarsoziales Sicherungssystem mit bedarfsgerechten Leistungen zu bezahlbaren Beiträgen zu erhalten. Eine laufende Anpassung an die agrarstrukturellen Entwicklungen und künftigen Herausforderungen sowie die Steigerung der Effizienz der Verwaltungsstrukturen ist ebenfalls erforderlich.

Für eine intakte Umwelt, gepflegte und vielfältige Kulturlandschaften und eine tiergerechte Nutztierhaltung sorgen

Ziel muss es sein, eine gute landwirtschaftliche Praxis flächendeckend zu verankern, neue Umweltbeeinträchtigungen zu vermeiden, tiergerechte Haltungsformen und den verantwortlichen Umgang mit den Tieren überall durchzusetzen sowie die Umwelt- und Landschaftspflegeleistungen leistungsgerecht zu honorieren.

Die ländlichen Räume zu lebendigen und blühenden Lebensräumen weiterentwickeln

Ziel muss es sein, die Wertschöpfung in den Regionen zu stärken und dafür in jeder ländlichen Region ein maßgeschneidertes Entwicklungsprogramm zu konzipieren und umzusetzen. Um insbesondere in den Problemregionen die Wirtschaft zu beleben und sichere Arbeitsplätze zu schaffen, muss neben der Verbesserung der Infrastruktur der Weg für ein neues Landunternehmertum geebnet werden. Dafür bieten sich vor allem die schon jetzt vor Ort arbeitenden unternehmerischen Landwirte an. Wenn man diese befähigt, ihre Betriebe zu diversifizieren und in neuen Wirtschaftsbereichen unternehmerisch tätig zu werden, können daraus neue Impulse für die ländliche Entwicklung entstehen.

Diese 5 Ziele sind nicht hierarchisch zu sehen, sondern bilden zusammen ein Zielbündel, das es zu optimieren gilt, damit daraus ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Verantwortung entsteht. Spannungen und Gegensätze, die zwischen den einzelnen Zielen zweifellos bestehen, dürfen nicht als Ausrede dienen, diese Herausforderungen nicht anzunehmen.

5 Strategien und Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

5.1 Ernährung, nachhaltige Lebensstile und Verbraucherinformation

Strategie

Das rasche Ansteigen der Fälle von Fehlernährung und die zunehmenden Wissens- und Bewusstseinsdefizite in weiten Kreisen der Bevölkerung über die Bedeutung einer gesunden Ernährung und eines nachhaltigen Lebensstils erfordern ein energisches Gegensteuern. Aufgrund der Zersplitterung der Ernährungskompetenzen ist dafür eine grundlegende Neuorganisation und Bündelung der einschlägigen Aktivitäten notwendig.

Für die Koordinierung dieser Aufgabe, an der viele Akteure in Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung mitwirken müssen, braucht es ein neutrales, interdisziplinär ausgerichtetes und fachlich unabhängiges Kompetenzzentrum, das dem StMELF zugeordnet werden soll.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

„Kompetenzzentrum Ernährung“

In dieses Kompetenzzentrum sind die Wissenschaft, halbstaatliche Forschungseinrichtungen, LfL und MUVA, Schulen und Volkshochschulen, Nicht-Regierungsorganisationen, wie z. B. Verbraucherorganisationen, Krankenkassen, Versicherungen, die einschlägige Wirtschaft und die Medien einzubeziehen.

Das Kompetenzzentrum Ernährung sollte sich primär interdisziplinären und zielgruppenorientierten Fragestellungen widmen. Für eine erfolgreiche Umsetzung und Etablierung des Kompetenzzentrums müssen kreative Kräfte aus verschiedenen Disziplinen angeworben werden.

Das Kompetenzzentrum Ernährung sollte das umfangreiche, einschlägige Wissen sammeln, bewerten und für die entsprechenden Zielgruppen aufbereiten. Es sollte u. a. Unterrichtsmaterialien für Schulen erstellen oder moderne, zielgruppenorientierte, dialogfähige Internetangebote schaffen. In diesem Zusammenhang ist auch der Aufbau einer Kinder-Universität (1. Deutsche Kinderuni zum Thema Lebensmittel, Ernährung, Gesundheit) anzustreben. Das Zentrum als neutrale, interdisziplinäre Einrichtung wäre grundsätzlich auch sehr gut dafür geeignet, zusammen mit Medien, NGOs und anderen Trägern Wettbewerbe und Aufklärungskampagnen für bestimmte Zielgruppen durchzuführen.

Vom Kompetenzzentrum Ernährung sollten bereits eingeführte Maßnahmen im Rahmen der Ernährungsbildung weiter unterstützt und zielorientiert fortentwickelt werden.

Dazu gehören:

- die Schulverpflegung optimieren,
- das Pilotprojekt „Coaching in der Schulverpflegung“ auf alle bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte ausweiten,
- ein Landesförderprogramm „Qualitätsstandards in der Schulverpflegung“ an ganztägigen Grund- und Förderschulen einführen,
- gesundheitsförderliche Verpflegungsangebote in Kindertagesstätten, Schulen, Heimen, Kliniken und Kantinen anbieten,
- öffentliche Einrichtungen (Kantinen, Schulverpflegung, etc.) zu Vorbildern in Ernährungsfragen ausbauen,
- den Wettbewerb „Bayerische Küche“ zu einem Wettbewerb „Gesunde Bayerische Küche“ umgestalten,
- den Wettbewerb „Essen pro Gesundheit“ weiterführen,
- Angebote zur Vermittlung von Kompetenzen in der Haushaltsführung (vgl. Haushaltsorganisationstraining „HOT“ des deutschen Caritas-Verbandes) entwickeln,
- etablierte Projekte zur praxisorientierten Ernährungsbildung, z. B. „Landfrauen machen Schule“ oder Angebote des Verbraucherservice, fortführen und weiterentwickeln.

Verbraucherinformation und Förderung nachhaltiger Lebensstile

- Die Unternehmen der Ernährungswirtschaft sollten die Herkunft der von ihnen verarbeiteten Rohstoffe für den Verbraucher nachvollziehbar offenlegen und die Kette vom Acker bis zum Teller lückenlos darstellen.
- In den Bereichen Qualität, Inhaltsstoffe, Tierschutz sowie ökologische und soziale Kriterien ist durch entsprechende Zertifizierung und externes Audit für mehr Transparenz zu sorgen. Bei der Umsetzung ist die Zusammenarbeit aller Mitglieder der Produktkette sowie der Verbraucherverbände zur Vertretung der Verbraucherinteressen erforderlich.
- Dem Bedürfnis der Verbraucher nach einfacher, nachvollziehbarer Kennzeichnung von Lebens-

mitteln ist durch eine Vereinfachung der Kennzeichnung Rechnung zu tragen.

- Das im Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz angesiedelte ernährungsbezogene Verbraucherschutzinformationssystem (VIS) ist mit dem „Kompetenzzentrum Ernährung“ zusammenzuführen.
- Die Bevölkerung ist zu einem nachhaltigen Lebensstil, zu gesunder Ernährung und zu ausreichender Bewegung und Erholung anzuregen.
- Der Förderung von Alltagskompetenzen ist einen höheren Stellenwert in der schulischen Bildung und in der Erwachsenenbildung einzuräumen.
- Regelmäßige Konsultationen mit den einschlägigen NGOs und den Konsumentenverbänden sind zu pflegen.

5.2 Die Chancen auf den Lebensmittelmärkten optimieren

Strategie

Um der voranschreitenden Liberalisierung der Weltmärkte etwas entgegenzusetzen und um sich auf Änderungen im Konsumverhalten bestmöglich einzustellen, muss sich die bayerische Land- und Ernährungswirtschaft noch stärker auf das regionale Angebot ausrichten und die regionalen Absatzverflechtungen festigen. Den Konsumenten muss bewusst gemacht werden, dass sie mit ihren Kaufentscheidungen maßgeblichen Einfluss darauf nehmen, dass die bayerischen Kulturlandschaften auch in Zukunft flächendeckend gepflegt werden können. Ebenso bestehen für die Vermarktung von verarbeiteten Lebensmitteln und High-end-Produkten auch außerhalb Bayerns gute Chancen, die besonders im Milch- und Fleischsektor genutzt werden müssen.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

- Die Herkunftsbezeichnungen und Labels verbraucherfreundlich gestalten,
- die Lebensmittelkennzeichnung so anpassen, dass der Verbraucher die Herkunft der Hauptbestandteile klar nachvollziehen kann,
- die Bioproduktion entsprechend der sich abzeichnenden Marktentwicklung ausbauen und gezielt bewerben,
- eine Bayerische Agrarmarketingagentur zur besseren Marktpositionierung und zur Steigerung des Absatzes auf Drittlandsmärkten

schaffen (u. a. Aufbau eines personellen Netzwerks zur Erschließung von Märkten in Exportländern),

- das Coaching der Firmen insbesondere beim Export verstärken,
- Zertifizierungen beratend begleiten,
- eigene operationelle Programme zur besseren Vermarktung von Qualitätserzeugnissen aus der Berglandwirtschaft entwickeln,
- regionale Lebensmittelmarken bzw. Produktpaletten entwickeln und systematisch ausbauen,
- eine Vereinfachung der Qualitätssicherungssysteme anstreben,
- die regionalen Vermarktungswege durch eine stärkere und engere Zusammenarbeit von Landwirt, Ernährungshandwerk, Gastronomie, Tourismus und den Einsatz moderner Techniken, z. B. E-Commerce, stärken,
- vorhandene Marktpotenziale im Bereich von Spezialkulturen (Obst und Gemüse) nutzen und dabei eine gewisse regionale Konzentration ebenso anstreben wie eine verstärkte horizontale und vertikale Integration,
- die Erzeugerorganisationen sowie die in Bayern im Bereich der Sonderkulturen sehr bedeutende Direkt- und Selbstvermarktung stärken und bürokratische Hemmnisse abbauen,
- Bayern noch stärker in Premiumsegmenten positionieren und die Chancen des Herkunftsschutzes besser nutzen.

5.3 Ein wettbewerbsstarker Verarbeitungssektor

Strategie

Die wesentlichen Träger der bayerischen Lebensmittelverarbeitung werden auch in Zukunft die KMU des Lebensmittelhandwerks, der Genossenschaften und der Lebensmittelindustrie bleiben. Sie müssen sich ständig an die sich ändernden Markt- und Produktionsbedingungen anpassen. Daher brauchen sie verlässliche rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die ihre Wettbewerbskraft mit internationalen Mitbewerbern vergleichbar machen.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

- Die Wettbewerbsfähigkeit der Verarbeitungsunternehmen durch Optimierung traditioneller

Verarbeitungsverfahren – insbesondere im Hinblick auf die Energieeffizienz und Verfahrenstechnik – stärken,

- die Bemühungen vieler mittelständischer Verarbeitungsunternehmen beim Ausbau zu international wettbewerbsfähigen Unternehmen fördern (Kooperationen können dazu einen wesentlichen Beitrag leisten),
- die Entwicklung von neuen Lebensmitteln nach dem Zuschnitt künftiger Konsumenteninteressen in Zusammenarbeit mit der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft, z. B. im Rahmen der BayFood-Initiative, forcieren,
- schonende und an ökologischen Richtlinien orientierte Verarbeitungsverfahren ausweiten,
- dezentrale Verarbeitungsstrukturen erhalten und fördern,
- die Ab-Hof-Vermarktung intensivieren.

5.4 Zukunftsunternehmen Bauernhof

Strategie

Eine erfolversprechende Strategie, die Bauernhöfe zukunftsfähig zu machen, kann nur sein, die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Betriebe zu akzeptieren und die Betriebsinhaber zu befähigen, für ihre jeweilige Situation optimale Lösungen zu finden. Daher kann es auch keine generellen Rezepte geben, mit denen der Anschein erweckt wird, alle Probleme der Landwirtschaft damit lösen zu können.

Vielmehr müssen Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbauern, Acker- und Grünlandbauern, Biobetriebe und Produzenten von integriert erzeugter Ware, Bergbauern und Landwirte in Gunstlagen, Energieproduzenten und Direktvermarkter usw. in ihrer Wertigkeit als gleich betrachtet werden. Das schließt auch ein, ihnen für ihre jeweils spezifischen Probleme spezifische Hilfestellungen angedeihen zu lassen und zu ihrer Förderung maßgeschneiderte Maßnahmen anzubieten.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

- Die Unternehmerrolle aktiver wahrnehmen, flexibel auf Veränderungen reagieren und Möglichkeiten zur Weiterbildung systematisch nutzen,
- überbetriebliche Kooperationen ausweiten und den Eigenmaschinenbestand durch überbetriebliche Zusammenarbeit reduzieren,
- produktionstechnische Reserven, wie z. B. höhere Grundfutterleistung, effizienterer Wirt-

schaftsdüngereinsatz oder längere Nutzungsdauer von Milchkühen ausschöpfen,

- tiergerechtere Haltungsformen etablieren, insbesondere die Umstellung der Anbindehaltung von Rindern auf Laufstallsysteme und die Umstellung auf Gruppenhaltung von tragenden Sauen noch intensiver weiterverfolgen,
- in die Qualitätsfleischproduktion insbesondere auch extensive Produktionsverfahren einbeziehen,
- die Flächenstrukturen und das landwirtschaftliche Wegenetz durch moderne Verfahren des Landmanagements weiter verbessern,
- Erzeugerorganisationen im Bereich Spezialkulturen erweitern und deren Gründung auf neue Produktionsbereiche ausdehnen,
- Möglichkeiten des Risikomanagements durch Ausbau privatwirtschaftlicher Agrarversicherungssysteme als freiwilliges Angebot verbessern und neue privatwirtschaftliche Möglichkeiten zur Absicherung von Preisen für Agrarprodukte und Betriebsmittel entwickeln und etablieren,
- Lebensmittel aus bayerischen Grünlandregionen durch spezielle Vermarktungsstrategien für Milch und Fleisch besser in Wert setzen.

5.5 In Produktketten zusammenarbeiten

Strategie

Durch eine engere Kooperation zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Handel in Produktketten können Synergieeffekte genutzt, Produkte besser abgesetzt und somit die Wertschöpfung erhöht werden. Eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem Ernährungssektor und der Landwirtschaft erleichtert es, besser und schneller auf gesellschaftliche Trends und die Änderungen von Kundenpräferenzen reagieren zu können.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

- Die Produktketten nutzen, um verstärkt regionale Marken aufzubauen und zu pflegen,
- freiwillige Qualitätsmanagementsysteme entlang von Produktketten etablieren,
- das Thema Produktketten in die Ausbildung sowohl von Nachwuchskräften in der Landwirtschaft als auch im Ernährungshandwerk und Lebensmittelhandel integrieren,
- die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Ernährungshandwerk, Gastronomie und Tourismus intensivieren,

- die Zusammenarbeit zwischen Ernährungswirtschaft und Erzeugergemeinschaften fördern,
- Runde Tische etablieren, um den Dialog der Landwirtschaft mit den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen über Zuchtziele, Produktionsschwerpunkte und Marketingmaßnahmen zu intensivieren,
- verstärkt von der Möglichkeit der Vertragslandwirtschaft Gebrauch machen.

5.6 Der Landwirt als Biomasseproduzent und Energiedienstleister

Strategie

Durch den Ausbau der energetischen und stofflichen Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen und durch das Anbieten von erneuerbaren Energiedienstleistungen sollen Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum gesichert und zusätzliche Einkommensmöglichkeiten erschlossen werden. Bei innovativer Technologieentwicklung entstehen auch neue Möglichkeiten für den Export dieser Technologien.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

- Durch Anbau und Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen die Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln nicht gefährden („Teller vor Tank“),
- nur solche Energieträger weiterentwickeln, die eine positive Treibhausgasbilanz sowie niedrige CO₂-Minderungskosten aufweisen,
- die Energieeffizienz in der Land- und Ernährungswirtschaft, z. B. durch Energieberatung, Entwicklung eines speziellen Zertifizierungssystems oder eines Energiechecks, steigern,
- durch gezielte Information, Beratung und Förderung von anwendungsorientierten Demonstrationsprojekten, z. B. Biokunststoffe, eine sanfte Chemieproduktion in Bayern aufbauen,
- die Effizienz der energetischen und stofflichen Nutzung Nachwachsender Rohstoffe steigern,
- Verbrennungstechnologien für Biomasse weiter optimieren und international vermarkten,
- einen Cluster „Nachwachsende Rohstoffe“ schaffen, in dem Forschung, Verarbeitungsfirmen, Landwirte, Wirtschaft und Kommunen zusammenarbeiten,
- Anlage von Kurzumtriebsplantagen und Mischkultursystemen fördern,

- Dienstleistungen der Landwirte als Anbieter von Strom, Wärme, Dampf und Kälte auf- und ausbauen,
- den beispielhaften Einsatz von Bioenergie und anderen erneuerbaren Energieträgern in bayerischen Dörfern prämiieren,
- vorbildliche energieautarke Kommunen vorantreiben und fördern,
- Energieerzeugung auf der Basis ohnehin anfallender Reststoffe, z. B. Gülle oder Landschaftspflegematerial, forcieren sowie die Entwicklung der zweiten Generation der Biokraftstoffe voranbringen,
- Nachwachsende Rohstoffe besser in die unterschiedlichen landwirtschaftlichen Produktionssysteme integrieren,
- betriebswirtschaftliche Daten über die Erzeugung und Verwertung von Biomasse und die Nutzung weiterer erneuerbarer Energieträger systematisch erheben und publizieren.

5.7 Der Landwirt als Landschaftspfleger und Bewahrer der Umwelt

Strategie

Die Pflege der Kulturlandschaften bleibt auch in Zukunft eine Kernaufgabe der Landwirtschaft, die jedoch nur dann ordnungsgemäß wahrgenommen werden kann, wenn sie angemessen honoriert wird. Zudem sind die politischen Rahmenbedingungen so weiter zu entwickeln, dass die Landwirte auch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für die Sicherung des Bodens, einen verträglichen Umgang mit Wasser, den Schutz der Artenvielfalt und eine attraktive Gestaltung des dörflichen Umfelds nachkommen können. Die nachhaltige Sicherung dieser Leistungen erfordert neben wirtschaftlichen Anreizen auch ein verändertes Bewusstsein in der Bevölkerung über die Rolle der Landwirtschaft in der Wirtschaft und Gesellschaft.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

- Den Wert, aber auch den Preis, der von den Landwirten erbrachten öffentlichen Gütern und Dienstleistungen transparent kommunizieren,
- Humusanreicherung in Ackerböden fördern (CO₂-Speicherung),
- Dauergrünland erhalten und organische Böden besser schützen,
- beispielhafte Formen der Multifunktionalität durch Modellvorhaben fördern,

- die Leistungen der Landwirtschaft für die Landschaftspflege durch ausreichende Mittelbereitstellung für Agrarumweltprogramme fördern,
 - Gemeinden mit einem besonderen Engagement für die Landwirtschaft vor Ort öffentlich würdigen,
 - vorbildliche Ansätze zur Lösung von Landnutzungskonflikten im Zusammenhang mit der Sicherung öffentlicher Güter entwickeln, umsetzen und dokumentieren,
 - ein regional differenziertes Kalkulationssystem zur Quantifizierung der Leistungen bzw. Mehraufwendungen der Landwirte für die Bereitstellung öffentlicher Güter aufbauen,
 - Modelle entwickeln, um die regionale Wirtschaft, die einen direkten Nutzen aus der Bereitstellung öffentlicher Güter durch die Landwirte zieht, an deren Finanzierung zu beteiligen,
 - die Agrarumweltprogramme in Bayern besser miteinander abstimmen.
- Kalkulationsunterlagen auf Grundlage von Studien und Buchführungsabschlüssen für Zwecke der Planung und Bewertung von Diversifizierungsvorhaben schaffen,
 - ein „Kompetenznetzwerk Diversifizierung“ unter Einschluss der TUM, der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, der LfL, der FÜAK und erfahrener Experten aus den ÄELF sowie der Privatwirtschaft aufbauen,
 - eine Datenbank mit Kalkulationsunterlagen zu den gängigsten Arten der Diversifizierung aufbauen,
 - die Weiterbildung der staatlichen und privatwirtschaftlichen Berater sowie der Lehrkräfte im Agrarbereich forcieren und den Erfahrungsaustausch mit Beratungsinstitutionen anderer Bundesländer sowie die Durchführung länderübergreifender Qualifizierungsveranstaltungen pushen (vergleichbar den Angeboten der Deutschen Vernetzungsstelle ländliche Räume),
 - Diversifizierungsinteressenten bei der Erstellung eines Businessplans unterstützen,
 - professionelles Coaching von Diversifizierern in der Gründungsphase organisieren,
 - Koordinierungsorgane im ländlichen Raum, z. B. Regionalmanagement und Diversifizierungsberatung enger vernetzen,
 - Förderpräferenzen (vergleichbar ILEK) bei der Umsetzung regional beispielhafter bzw. besonders innovativer Arten der Diversifizierung schaffen.

5.8 Diversifizierung

Strategie

Auf betrieblicher, regionaler und rechtlicher Ebene sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass mehr Landwirte durch Diversifizierung ihrer Erwerbstätigkeit neue unternehmerische Tätigkeitsfelder erschließen können. Dabei ist ein umfassender Unternehmensansatz zu wählen.

Die Erweiterung der landwirtschaftlichen Unternehmertätigkeit zu einer „Unternehmertätigkeit auf dem Lande“ soll dazu beitragen, die Fortführung der Landbewirtschaftung zu sichern und durch Aufnahme neuer Tätigkeiten innovative Impulse zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu setzen. Dafür bietet es sich an, betriebliche und regionale Ressourcen sowie die individuellen Kompetenzen der Familienmitglieder eines ländlichen Unternehmers besonders zu nutzen.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

- Turnusmäßige Berichterstattung über Art und Umfang der Diversifizierung sowie über deren Beschäftigungs- und Einkommenswirkungen, z. B. im Bayerischen Agrarbericht (Das setzt die Ableitung einschlägiger Kennziffern aus Buchführungsabschlüssen und Studien sowie die Analyse von Erfolgsfaktoren voraus.),

5.9 Forschung und Innovation

Strategie

In Bayern sollten im nächsten Jahrzehnt einschlägige Forschungen, Innovationen, der Wissenstransfer und neue Technologien sowie Verfahren entlang der gesamten Produktkette einschließlich der vorgelagerten Bereiche auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen konzentriert werden. Hohe Wertschöpfungspotenziale lassen sich in unserer globalisierten Wirtschaft und unter dem hohen Wettbewerbsdruck auf den Lebensmittelmärkten nur durch einen laufenden Wissens- und Innovationsvorsprung nachhaltig sichern. Daher kommt einer breit angelegten und anwendungsorientierten Forschung für den zukünftigen Erfolg der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft eine Schlüsselrolle zu. Die Innovationsrate der bayerischen Land- und Ernährungswirtschaft ist durch ein entsprechendes Maßnahmenbündel jedenfalls deutlich zu erhöhen.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

- Das Innovationspotential aller Formen des Landbaus offensiv nutzen und durch entsprechende Pilot- und Forschungsprojekte forcieren,
- neben Innovationen für technische Fragestellungen und biologische Verbesserungen auch intelligente Betriebskonzepte, arbeitsteilige Betriebsabläufe sowie neue Marketingkonzepte entwickeln und umsetzen,
- wegen der hohen marktwirtschaftlichen Dynamik und der immer kürzeren Lebenszyklen der Produkte sowie des sich weiter verschärfenden Wettbewerbs, Innovationen möglichst schnell umsetzen,
- auf die in Zukunft anstehenden Aufgaben und Probleme, z. B. Ressourcenverknappung bzw. -verteuerung, Klimaänderung, Erhalt der Biodiversität, frühzeitig auch durch Technologieentwicklung reagieren,
- Innovationen in der Pflanzenzüchtung sowie in der Anbautechnik und in der Tierhaltung vorrangig behandeln,
- einen „Innovationsrat“ (Wirtschaft, Landwirtschaft, Wissenschaft und Staat) einrichten und einen Innovationspreis für die Land- und Ernährungswirtschaft ausloben,
- Risikokapital zu günstigen Konditionen und unter vereinfachten Bedingungen zur Stärkung der Innovationskraft der Land- und Ernährungswirtschaft bereitstellen, z. B. über die BayFood-Initiative,
- die Ausbildungspläne der Hochschulen (TUM und Hochschule Weihenstephan-Triesdorf) auf die hohe Marktdynamik, die globalisierte Wirtschaft und die demographische Entwicklung besser ausrichten,
- den Wissenstransfer über die Hochschulen (TUM und Hochschule Weihenstephan-Triesdorf) und Landesanstalten an die Betriebe verbessern und die Praxiseinführung von Neuerungen beschleunigen,
- einen Lehrstuhl für Verhaltens- und Sozialwissenschaften zur Stärkung der Kompetenz für Ausbildung und Beratung – sowohl im Agrar als auch im Ernährungsbereich – an der TUM wieder einrichten,
- die bayerischen Forschungseinrichtungen stimmen sich noch besser ab, arbeiten über die Grenzen Bayerns hinaus in Forschungverbänden, -allianzen und -clustern zusammen und nehmen an nationalen und internationalen Forschungsprogrammen teil, um Synergieeffekte und eine Beschleunigung des technischen Fortschritts zu erreichen sowie die Mitteleffizienz zu erhöhen.

5.10 Bessere Chancen durch persönliche Entwicklung

Strategie

Bildung sowohl für Kinder und Jugendliche als auch im Erwachsenenbereich im Sinne eines lebenslangen Lernens ist ein gesamtgesellschaftliches Megathema, dem in unserer wissensbasierten Wirtschaft höchste Priorität eingeräumt werden muss. Eine exzellente Aus-, Fort- und Weiterbildung und eine fundierte Beratung sind entscheidende Garantien für den Erfolg landwirtschaftlicher Unternehmer. Diese Leistungen können nicht allein von staatlichen Stellen und nicht immer kostenlos angeboten werden. Zukunfts-trächtige Angebote werden nicht durch zaghafte Korrekturen des bisherigen Systems, sondern nur durch eine echte Bildungsreform der landwirtschaftlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung erreicht. Die Grundlinien für eine solche Reform sind von einer eigens dafür neu einzurichtenden Kommission, bestehend aus Vertretern der Hochschulen (TUM und Hochschule Weihenstephan-Triesdorf), des Berufsstandes, der Landwirtschaftsverwaltung, der Landesanstalten und der einschlägigen Wirtschaft zu erarbeiten.

Verbesserungsansätze sind sowohl im fachlich-inhaltlichen als auch im organisatorischen Bereich notwendig. Die bestehenden Bildungs- und Beratungsangebote sind auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen, besser zu strukturieren und um neue lebensbegleitende Lerninhalte zu erweitern. Die Einrichtung von Kompetenzzentren für die Bildung und die Beratung ist betriebs-nahen Querschnittangeboten vorzuziehen (Qualität vor Quantität).

In allen beruflichen Bildungseinrichtungen, Berufsschule, Fachschule, Hochschulen (TUM und Hochschule Weihenstephan-Triesdorf), ist ein ausreichendes Grundwissen über Ökolandbau, Tierschutz und Nachhaltigkeit zu vermitteln, damit die verschiedenen Bewirtschaftungs- und Tierhaltungsformen in betriebliche Zukunftsplannungen mit einbezogen werden können.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

Ausbildung

- Für junge Hofnachfolger den jeweils bestmöglichen Berufsabschluss anstreben und dazu je nach persönlicher und betrieblicher Situation alle vorhandenen Bildungseinrichtungen bis hin zu den Hochschulen nutzen,
- die Chancen, Theorie und Praxis noch enger zu verbinden, wie es im neuen dualen Studium

(mit Berufs- und Studienabschluss) möglich ist, intensiv nutzen,

- die Studierenden und Auszubildenden in der Persönlichkeitsentwicklung fördern, ihr Selbstbewusstsein stärken und sie in die Lage versetzen, ihre Interessen in der Gesellschaft klar zu kommunizieren,
- geisteswissenschaftliche Lerninhalte, z. B. aus den Bereichen Soziologie und Psychologie, auf allen Bildungsebenen zum festen Bestandteil der Lehrpläne machen; prüfen, ob an der TUM in Weihenstephan dafür eine Professur (ggf. gemeinsame Berufung von TUM und LfL) eingerichtet werden kann,
- für Berufsfelder im landwirtschaftsnahen Bereich, z. B. Agrar- und Lebensmittelmanagement, die bestehenden Angebote der Hochschulen (TUM und Hochschule Weihenstephan-Triesdorf) weiterentwickeln,
- die Qualifikation der Fachlehrer verbessern, z. B. durch regelmäßige fachliche Fortbildungsangebote,
- die Lehrkräfte an den Berufsschulen durch Ausweitung landwirtschaftlicher Lehrinhalte im Studium besser auf ihre zukünftigen Aufgaben vorbereiten,
- typische Aufgabenfelder in der Landschaftspflege und Umweltsicherung in die berufliche Grundausbildung der Landwirte stärker einbauen,
- Auszubildende und zukünftige Betriebsleiter dabei unterstützen, die Fremdlehre, ausreichend lange Praxis und Praktika in anderen Regionen oder Ländern zu absolvieren.

Fortbildung

- Fachschulzentren (Höhere Landbauschule, Technikerschule) und Fortbildungszentren in Bayern errichten, die untereinander im Wettbewerb stehen (Als Vorbild könnte hier der Standort Triesdorf dienen.),
- Landwirtschaftsschulen und Hauswirtschaftsschulen in erreichbarer Entfernung erhalten und bedarfsorientiert weiterentwickeln,
- im Rahmen der beruflichen Fortbildungsangebote Lerninhalte zu den Themen Diversifizierung, Marktqualifizierung, Kommunikation, Persönlichkeitsfindung und Werteorientierung durchgängig aufnehmen,
- durch eine stärkere Profilierung der hauswirtschaftlichen Bildungsangebote dem wachsenden gesellschaftlichen Bedarf für hauswirt-

schaftliche und haushaltsnahe Dienstleistungen Rechnung tragen.

Weiterbildung

- Das Angebot überschaubarer, professioneller und zielgruppenorientierter gestalten; das bisher zersplitterte Angebot durch sektorspezifische, landesweite Qualifizierungsgruppen, in denen alle Bildungsebenen vertreten sind (Geschäftsstelle: LfL) koordinieren (Hierbei sollten die ÄELF, die Fachschulen, die Verbundberatungspartner, die Landvolkshochschulen, die Hochschulen (TUM und Hochschule Weihenstephan-Triesdorf) und Verbände eingebunden werden.),
- für das lebenslange Lernen auf unterschiedliche Zielgruppen (Praktiker, Fachlehrer, Berater) ausgerichtete Seminare und Qualifizierungsreihen anbieten (Diese sollten modular strukturiert, mehrjährig angelegt und mit definierten Lernzielen beschrieben sein. Dabei sollten die Lehr-, Versuchs- und Fachzentren der LfL für die praktische Vertiefung spezieller Lerninhalte intensiver genutzt werden.),
- qualifizierte Bildungsangebote zu ökonomischen Themen kostenpflichtig machen und ggf. für ausgewählte Bildungsmaßnahmen Anreizsysteme schaffen,
- die Gewährung von Fördermitteln oder die Verwendung von Qualitätszeichen an eine regelmäßige Fortbildung binden (Vorstellbar ist auch, dass Landwirte, die sich in CC-relevanten Themenbereichen regelmäßig fortbilden, seltener kontrolliert werden.),
- das bestehende Qualifizierungsangebot „Bildungsprogramm Landwirt“ für Nebenerwerbslandwirte ausbauen und durch regelmäßige Fortbildungsmöglichkeiten ergänzen,
- mehr Lehrkräften landwirtschaftlicher Fachschulen die Möglichkeit zur Weiterqualifizierung geben,
- Persönlichkeitsbildung im Sinne lebenslanger Begleitung zur Verbesserung sozialer und kommunikativer Kompetenzen verstärken (Dabei sollten die Bildungszentren in den ländlichen Räumen als Partner genutzt werden.).

Beratung

- Beratungsangebote staatlicher Stellen stärker spezialisieren und bedarfsorientiert weiterentwickeln sowie die staatliche Beratung mit der Verbundberatung und privaten Beratungsunternehmen besser abstimmen,

- die fachliche Koordinierung der Beratung, z. B. durch die einzelnen Institute bzw. die zentralen Lehr-, Versuchs- und Fachzentren der LfL, klar regeln,
- für neue Beratungsfelder, z. B. Diversifizierung, Energieeffizienz, professionelle Beratungsangebote entwickeln und rasch in die Praxis einführen (Dafür sollte eine Diversifizierungsberatung eingerichtet werden, deren fachliche Ausrichtung auf die regional vorherrschenden Arten der Diversifizierung (Agrotourismus, Erneuerbare Energien, Vermarktung, Dienstleistungen usw.) abgestellt wird. Darüber hinaus sollte das Angebot durch private Anbieter ergänzt werden.),
- die kostenfreie staatliche Beratung verstärkt auf gemeinwohlorientierte Beratungsfelder und Nachhaltigkeitsthemen ausrichten,
- alle Beratungsleistungen, die einzelbetrieblich ökonomische Vorteile bringen, kostenpflichtig machen (unabhängig davon, ob sie von staatlichen oder nichtstaatlichen Stellen erbracht werden),
- ein System einrichten, das es den zu Beratenden, z. B. durch ein Modell mit Beratungsgutscheinen erlaubt, für kostenpflichtige aber förderungsfähige Beratungsleistungen selbst die Beratungseinrichtungen/Beratungsunternehmen auszuwählen.
- die Schwelle für die Festlegung von Beitragszuschüssen für Geringverdiener kurzfristig anheben und mittelfristig dynamisieren,
- weitere bedarfsgerechte Befreiungsmöglichkeiten für Ehegatten von Landwirten kleinerer Nebenerwerbslandwirte schaffen, sofern sie ein entsprechendes außerlandwirtschaftliches Einkommen beziehen,
- Organisationsstrukturen der LSV-Träger schaffen, die ein eigenständiges agrarsoziales Sicherungssystem langfristig gewährleisten,
- eine Versicherungsfreiheit für Altenteiler in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ermöglichen,
- auch in Zukunft ein flächendeckendes Angebot durch Optimierung der Dorf- und Betriebshilfe sichern.

Steuerliche Maßnahmen

- Zur besseren Gewinnglättung und zur Verbesserung der einzelbetrieblichen Risikovorsorge eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für die Landwirtschaft und für mittelständische Unternehmen einführen,
- die Rahmenbedingungen für Agrarversicherungen verbessern, u. a. durch eine Anpassung der Versicherungssteuer,
- die Besteuerung von biogenen Reinkraftstoffen in Abhängigkeit der Marktentwicklung dynamisieren (Die Beimischung von Bioethanol und Biodiesel ist entsprechend der technischen Machbarkeit bis zum EU-Level zu erhöhen.),
- im Interesse einfacher und kostengünstiger steuerlicher Regelungen für die Landwirtschaft die Vorsteuerpauschalierung bei der Umsatzsteuer und die Regelungen gemäß § 13 EStG auch in Zukunft beibehalten,
- die bisher bestehenden reduzierten Umsatzsteuersätze für landwirtschaftliche und gärtnerische Erzeugnisse beibehalten,
- die Abschreibungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft verbessern, insbesondere bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern,
- die Reinvestitionsmöglichkeiten und die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter günstiger stellen.

5.11 Land- und Ernährungswirtschaft brauchen soziale Sicherheit und gerechte Besteuerung

Strategie

Den Landwirten soll, wie den Beschäftigten aller anderen Sektoren, eine ausreichende soziale Absicherung geboten werden. Dazu müssen die großen Herausforderungen, die sich aus der veränderten Altersstruktur und dem Strukturwandel ergeben, bewältigt werden. In der Steuerpolitik geht es vor allem um Steuergerechtigkeit, die nur gewährleistet werden kann, wenn die Spezifika und besonderen Risiken der Land- und Ernährungswirtschaft entsprechend berücksichtigt werden.

Empfehlung für konkrete Maßnahmen

Soziale Maßnahmen

- Die landwirtschaftlichen Sicherungssysteme als eigenständige Systeme aufrechterhalten und weiter optimieren,

5.12 Landwirtschaft und Gesellschaft

Strategie

Da zum einen die Zahl der Akteure im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft aufgrund des Strukturwandels weiter abnimmt und zum anderen die Bevölkerung immer weniger über landwirtschaftliche Zusammenhänge weiß, ist ein einheitliches, aber auch deutlicheres Auftreten des Berufsstandes und eine verstärkte Netzwerkbildung, auch mit außerlandwirtschaftlichen Gruppen notwendig. Zudem sollte durch verbraucherorientierte Maßnahmen wieder ein stärkerer Bezug der Bevölkerung zur Land- und Ernährungswirtschaft hergestellt und eine höhere Wertschätzung von Lebensmitteln vermittelt werden.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

Positionierung der Land- und Ernährungswirtschaft in der Gesellschaft

- Aktiver am gesellschaftspolitischen Diskurs teilnehmen,
- den Nutzen der Leistungen der Land- und Ernährungswirtschaft für die gesamte Gesellschaft stärker, transparenter und nachvollziehbarer herausstellen,
- noch stärker als bisher die Anforderungen der Gesellschaft glaubwürdig und nachvollziehbar berücksichtigen sowie an Nachfragetrends und gesellschaftlich erwünschten Gütern ausrichten.

Eigentumsfragen

- Eine Evaluierung der bisherigen Maßnahmen und Instrumente zur Eigentumssicherung durchführen,
- den Grundsatz der bayerischen Agrar- und Umweltpolitik „Freiwilligkeit, Kooperation und Förderung vor Ordnungspolitik und Zwangsmaßnahmen“ dort beibehalten, wo damit die gewünschte Lenkungswirkung erreicht wird,
- verbesserte Entschädigungsregelungen für über Art. 14 GG hinausgehende Beanspruchung von Grund und Boden prüfen.

Kommunikation

- Mehr Aufklärungskampagnen über landwirtschaftliche Zusammenhänge und Produktionsweisen durchführen (Insbesondere sollte durch eine interessante und spannende Aufbereitung die Vielfalt und Modernität der heu-

tigen Landwirtschaft einer breiten Gesellschaftsschicht vermittelt werden.),

- die Möglichkeiten der neuen Medien besser als bisher nutzen, um breitere Gesellschaftsschichten für landwirtschaftliche Themen zu sensibilisieren und zu interessieren,
- „Demonstrationshöfe“ schaffen, auf denen in pädagogisch aufbereiteter Form, die heutige landwirtschaftliche Lebenswelt gegen Entgelt vermittelt werden kann.

Vernetzung

- Die Akteure der Land- und Ernährungswirtschaft stärker mit den die Landwirtschaft berührenden Wirtschaftspartnern und den Kommunen vernetzen, z. B. im Bereich Urlaub auf dem Bauernhof, durch Kooperationen der Landwirte mit der Hotellerie und Gastronomie oder im Bereich des lokalen Lebensmittelhandels durch Zusammenarbeit der Landwirte mit dem Ernährungshandwerk oder mit Lebensmittelfachgeschäften.
- Netzwerke für „Unternehmer auf dem Land“ einrichten, in denen Landwirte, Handwerker und sonstige Dienstleistungsunternehmer über einen systematischen Erfahrungsaustausch hinaus auch gemeinsame Projekte entwickeln können, z. B. gemeinsame Beteiligung an Ausschreibungen,
- den Dialog der Land- und Ernährungswirtschaft mit der Kommunalpolitik verbessern, um zum einen Konflikte frühzeitig zu entschärfen und zum anderen gemeinsame Konzepte im Sinne einer kommunalen Agrarpolitik zur Stärkung des ländlichen Raums zu entwickeln.

5.13 Neue Anforderungen an Verwaltung und Verbände

Strategie

Die öffentliche Verwaltung soll landwirtschaftliche Betriebe, Unternehmen der Ernährungswirtschaft, Kommunen und andere Adressaten agrarpolitischer Maßnahmen effizient, rationell und bürgerfreundlich in erster Linie dort unterstützen, wo der Einzelne Hilfe braucht. Die Verwaltung sollte dabei alle Möglichkeiten, insbesondere in der Informationstechnologie, zur Effizienzsteigerung nutzen.

Gut koordinierte und strukturierte Verbände nehmen die Interessen der Betroffenen als reelle Sachwalter wahr und stehen der Politik als wertvoller Ratgeber zur Verfügung. Zudem sollten sie

ihr Engagement in der Öffentlichkeitsarbeit verstärken, um den MitbürgerInnen ein zeitgemäßes Bild der Land- und Ernährungswirtschaft zu vermitteln.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

Landwirtschaftsverwaltung

- Alle übrigen von der Landwirtschaft betroffenen Verwaltungen für die Themen der Land- und Ernährungswirtschaft sensibilisieren,
- einen regelmäßigen Austausch zwischen StMELF, der Wissenschaft, Wirtschaftsträgern, Verbänden und externen Experten organisieren,
- die Effektivität und Effizienz der Landwirtschaftsverwaltung durch strukturelle Verbesserungen steigern,
- die Landwirtschaftlichen Lehr-, Versuchs- und Fachzentren zu Kompetenzzentren für die Beratung und für die Demonstration neuer Technologien und Verfahren ausbauen,
- die IT-Möglichkeiten und neuen Medien für den Wissenstransfer, z. B. mobile Infodienste, stärker nutzen,
- bei Förderverfahren nach Möglichkeit auf elektronische Antragstellung, z. B. beim Mehrfachantrag, umstellen,
- weitere staatliche Aufgaben an private Dienstleister auslagern, z. B. operative Aktivitäten in der Tierzucht, besondere Ernteterminierung, Saatgutenerkennung, Prüfung der Handelsklassen bei Obst und Gemüse, amtliche Butter- und Käseprüfung, Prüfung des Verwendungsnachweises bei der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung,
- vor wichtigen Verwaltungsinitiativen und Gesetzesvorhaben eine Anhörung der Verbände durchführen (Wirtschaft und Verwaltung sollten bereit sein, für wichtige Probleme gemeinsame Lösungen zu erarbeiten und dann die entwickelten Lösungen rasch umzusetzen und gemeinsam zu tragen, z. B. Pakt „Sichere Lebensmittel“),
- Effizienz durch Kontinuität und Straffung von Fördermaßnahmen erhöhen,
- die Förderintensität für die Einzelbetriebliche Investitionsförderung vereinheitlichen (Zuschläge nur noch für Investitionen zu Gunsten besonders artgerechter Tierhaltung),

- generell verwaltungsökonomische Grundsätze bei Fördermaßnahmen beachten (z. B. Bagatellgrenzen so festlegen, dass der mit der Förderung verbundene administrative Aufwand in einem vernünftigen Verhältnis zu den ausgereichten Mitteln steht),
- Beratungs-, Verwaltungs- und Kontrollmaßnahmen zwischen den an der Umsetzung beteiligten Verwaltungsstellen besser abstimmen (v. a. Agrarumweltmaßnahmen).

Verbände der Land- und Ernährungswirtschaft

- Forderungen und Empfehlungen besser koordinieren und klarere Signale an die Politik geben,
- verstärkt mit der Landwirtschaftsverwaltung und Politik kooperieren, sich frühzeitiger in politische Entscheidungsprozesse einbringen und dann das gemeinsam erzielte Ergebnis mittragen,
- Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung eines zeitgemäßen Bildes von der Land- und Ernährungswirtschaft intensivieren,
- Partnerschaften mit weiteren Wirtschafts- und Sozialverbänden zur Stärkung eines vitalen ländlichen Raumes eingehen (Infrastrukturausstattung, Daseinsvorsorge).

Bäuerliche Selbsthilfeeinrichtungen

- Zusammenarbeit intensivieren und mittelfristig gemeinsame Strukturen anstreben, die es erlauben, schlagkräftiger agieren zu können,
- Dienstleistungsangebote am aktuellen Bedarf der landwirtschaftlichen Betriebe orientieren und durch Akquise neuer Geschäftsfelder weiter ausbauen,
- eine stärkere Fokussierung auf marktgerechte und kundenorientierte Dienstleistungen anstreben, um von staatlichen Fördergeldern unabhängiger zu werden,
- mehr in Schulung und Bildung der MitarbeiterInnen investieren.

6 Politische Forderungen

6.1 Politische Forderungen an die Bayerische Politik

Strategie

Neben den in den einzelnen Kapiteln bereits beschriebenen Maßnahmen soll die Land- und Ernährungswirtschaft in Bayern durch zielgerichtete und effiziente Fördermaßnahmen im Wettbewerb gestärkt und bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen unterstützt werden.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

- Zur Sicherstellung des zunehmenden Finanzierungsbedarfs der Landwirtschaft in einem dynamischeren Marktumfeld, sollte ein flexibles Instrument zur Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen eingeführt werden. Damit könnte den Landwirten, z. B. bei Naturereignissen oder bei Marktkrisen, schnell und wirksam geholfen werden.
- Auf die Vermögensprosperität bei der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung verzichten (Angleichung an die Regelungen in den übrigen Bundesländern),
- geleaste Wirtschaftsgüter bei der Marktstrukturförderung anerkennen (Angleichung an die GAK-Fördergrundsätze),
- die Agrarumweltprogramme stärker auf die neuen Herausforderungen, wie Klimawandel, Gewässerschutz, Erosionsschutz und Naturschutz (Biodiversität) ausrichten sowie den ökologischen Landbau weiter fördern,
- KULAP und VNP unter dem Dach des StMELF zusammenführen,
- Anreizprogramme für Landwirte entwickeln, die ihre Tierhaltungen vorzeitig oder über das gesetzliche Mindestmaß hinaus tierfreundlich gestalten,
- zur Sicherung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung, insbesondere in Regionen mit ungünstigen Erzeugungsbedingungen, ein Zukunftskonzept, auch für Nebenerwerbsbetriebe entwickeln,
- ein operationelles Programm für Qualitätserzeugnisse aus den Berggebieten entwickeln,
- Einzelstrategien für die wichtigsten Produktbereiche der Land- und Ernährungswirtschaft durch entsprechende Fachgruppen entwickeln lassen,
- eine Eiweißfuttermittel-Strategie für Bayern entwickeln, um die Abhängigkeit von Importfuttermitteln zu reduzieren,
- die notwendige Gegenfinanzierung für die Umsetzung der GAK-Maßnahmen und für ELER im Landeshaushalt bereitstellen,
- die Diversifizierung durch flexiblere Anwendung des Bau- und Handwerksrechts erleichtern,
- konkrete Maßnahmen zur Reduktion der Flächeninanspruchnahme für außerlandwirtschaftliche Zwecke entwickeln, auch durch Anpassungen in der Landesentwicklungs- und Flächennutzungsplanung,
- Kompetenzen zur Entwicklung des ländlichen Raums im StMELF bündeln,
- mit einem starken LEP in allen Regionen Bayerns möglichst gleichwertige Lebensbedingungen schaffen,
- die verschiedenen Zuständigkeiten im Bereich des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung im StMELF zusammenführen,
- sämtliche Zuständigkeiten für eine gesunde und nachhaltige Ernährung sowie für den gesundheitsbezogenen Verbraucherschutz im StMELF bündeln,
- eine nachhaltige Tiergesundheitsstrategie zur Sicherung des Veredelungsstandorts Bayern entwickeln (Schwerpunkte sollten die nachhaltige Förderung der Tiergesundheit und die Lebensmittelsicherheit durch die Vorbeugung und Vermeidung von Risiken sein.),
- von dem auf EU-Ebene eingeräumten Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen und den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern verbieten,
- einen „Gentechnik-Rat“ einrichten, der die Entwicklung der Agrogentechnik laufend verfolgen und bewerten soll sowie Leitplanken für die Forschung in diesem Bereich festsetzt und die Politik berät.

6.2 Politische Forderungen an die Bundespolitik

Strategie

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) soll als zentrales Bund/Länder-Förderinstrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft sowie zur Bewältigung der neuen Herausforderungen und zur Sicherung vitaler ländlicher Räume auch in Zukunft mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden. Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Ländern und gegenüber anderen Staaten sind durch Vereinheitlichung und Verschlinkung zu reduzieren.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

- Ausreichend Mittel für Maßnahmen zur Anpassung der Land- und Forstwirtschaft an den Klimawandel aus den Erträgen des Handels mit CO₂-Emissionszertifikaten bereitstellen,
- die GAK bedarfsorientiert weiterentwickeln und dafür die notwendigen Bundesmittel langfristig bereitstellen,
- das Bundesprogramm „Ökologischer Landbau“ in Volumen und Inhalt entsprechend der Marktentwicklung ausbauen,
- die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Nachwachsende Rohstoffe möglichst verlässlich gestalten (Bei der ohnehin geplanten Weiterentwicklung des EEG ist der Nawaro-Bonus für Strom aus Biogasanlagen in Abhängigkeit von einem Agrarpreisindex zu dynamisieren und die Verwertung von Grünlandaufwuchs, für den es keine landwirtschaftliche Nutzung gibt, ist durch einen entsprechenden Zuschlag attraktiver zu machen.),
- die politischen Rahmenbedingungen für Agrarversicherungen (v. a. Mehrgefahrenversicherungen) verbessern,
- EU-Vorgaben zukünftig generell 1:1 in nationales Recht umsetzen (vgl. Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung),
- das landwirtschaftliche Fachrecht verschlanken und auf Bundes- und EU-Ebene harmonisieren,
- für neue Gesetzesvorhaben generell einen Nachhaltigkeitscheck durchführen,
- zur Verbesserung des Tierschutzes bei der Haltung von Kaninchen in Abstimmung mit der Wirtschaft und den Tierschutzorganisationen eine spezielle Handlungsverordnung erlassen,
- die Grundlagen für die Förderung der benachteiligten Gebiete in Brüssel verteidigen.

6.3 Politische Forderungen an die Gemeinsame EU-Agrarpolitik

Strategie

Um das Verständnis der Öffentlichkeit für die Landwirtschaft und die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) zu verbessern, hält es die Zukunftskommission für dringend notwendig, einen breiten Dialog über die Ziele der GAP und ihre Bedeutung für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zu führen. Man sollte dabei an das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell anknüpfen und dieses auf den Landwirtschafts- und Ernährungssektor anwenden. Im Kern geht es um die Frage, wie ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Verantwortung im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft erzielt werden kann.

Es muss gelingen, die immer noch vielfältiger werdende Nachfrage nach sicheren, gesunden Qualitätslebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen optimal zu bedienen und zugleich die Böden fruchtbar, das Wasser sauber und die Luft rein zu halten. Ebenso ist der Landwirt weiterhin der zentrale Landmanager, von dessen Tun die Naturvielfalt und die Qualität unserer Kulturlandschaften abhängen. Deshalb müssen den Landwirten und ländlichen Unternehmern durch Innovationen, mehr Know-how und gezielte politische Maßnahmen jene Instrumente in die Hand gegeben werden, die sie in die Lage versetzen, diese enormen Herausforderungen zu bewältigen. Der gezielte Einsatz der unternehmerischen Kräfte auf dem Lande bildet zudem die beste Basis, um gerade auch in den wirtschaftlich schwächeren ländlichen Regionen einen vitalen ländlichen Raum zu erhalten und eine positive Regionalentwicklung zu entfachen.

Die europäische Politik muss die internationale Wettbewerbsposition europäischer Produkte stärken und den Landwirtschafts- und Ernährungssektor in die europäische Strategie 2020 integrieren. Sie muss zudem die zentralen Umwelt- und Landschaftspflegeleistungen auch in Zukunft sicherstellen und adäquat abgelden sowie die landwirtschaftliche Bevölkerung am sozialen Fortschritt ausreichend beteiligen. Sie muss auch dafür sorgen, dass das Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip respektiert wird, die Regeln des Gemeinsamen Marktes eingehalten und unfaire Wettbewerbspraktiken verhindert werden.

Die GAP ist eine der wenigen weitgehend vergemeinschafteten Politikbereiche der Europäischen Union, die jedoch ständig weiter entwickelt werden muss, um zeitgemäß zu bleiben und um neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

Darin liegt auch begründet, dass für den Bereich Landwirtschaft ausreichende Gemeinschaftsmittel vorgesehen werden müssen, um die ambitionierten Ziele der GAP auch erreichen zu können. Das inkludiert eine nachvollziehbare Begründung für das in der GAP eingesetzte Mittelvolumen sowie eine faire und transparente Mittelverteilung. Für den Zeitraum nach 2013 ist ein nächster Reformschritt geplant, bei dem es darum geht, das europäische Modell einer multifunktionalen Landwirtschaft nach innen und außen zu stärken und zukunftsfähig zu machen. Dazu bedarf es einer systematischen Weiterentwicklung der GAP, aber auch einer stärkeren Berücksichtigung agrarischer Anliegen auf anderen Feldern der Gemeinschaftspolitik.

Empfehlungen für konkrete Maßnahmen

Die Marktpolitik

In Zukunft werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Markt- und Preisschwankungen noch weiter zunehmen. Zudem ist festzustellen, dass die wachsenden Preisvolatilitäten immer mehr durch exogene Faktoren wie den Ölpreis, neue Formen der Spekulation, den Klimawandel oder den Euro-Dollar-Wechselkurs bestimmt werden. Daher verlieren auch die klassischen Steuerungsinstrumente wie Quoten, Intervention oder öffentliche Lagerhaltung ihre Wirkung. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, fordert die Zukunftskommission:

- Ein Sicherheitsnetz knüpfen, d. h. ein Maßnahmenpaket und ein hinreichendes Mittelvolumen bereitstellen, das bei starken Marktstörungen bzw. in Krisenzeiten, z. B. für Interventionsmaßnahmen oder zur Förderung der privaten Lagerhaltung, eingesetzt werden kann,
- Maßnahmen zur Förderung von Produktinnovationen und zur Erschließung neuer Absatzquellen auf dem Binnenmarkt entwickeln,
- eine Strategie zur Erschließung von Drittlandsmärkten aufbauen.

Zur Dämpfung von Preisschwankungen und Risiken sollten zudem folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Preistransparenz verbessern und die Verteilung der Wertschöpfung entlang der Lebensmittelkette regelmäßig untersuchen,
- Bildung von Produktketten erleichtern und das Wettbewerbsrecht zur Bildung von EU-weit anerkannten, leistungsstarken Erzeugergemeinschaften anpassen und die Führung kollektiver Preisverhandlungen ermöglichen,

- Maßnahmen zur Ausweitung der Vertragslandwirtschaft bis hin zur Entwicklung von Rahmenregelungen für alle Hauptproduktgruppen, z. B. für Milchlieferverträge und zur Ausweitung der vertikalen Integration in allen Produktbereichen entwickeln,
- Rahmenbedingungen zur Ausweitung von privaten Agrarversicherungssystemen verbessern,
- leistungsfähige europäische Warenterminbörsen für die wichtigsten Produktgruppen aufbauen,
- eine europäische Eiweißfuttermittelstrategie entwickeln, um die Importabhängigkeit bei Futtermitteln zu reduzieren,
- Maßnahmen zur Qualitäts- und Herkunftssicherung weiterentwickeln.

Die Betriebsprämienregelung (entkoppelte Direktzahlungen)

Die entkoppelten Direktzahlungen leisten einen Beitrag zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Einkommen und honorieren wichtige von der Landwirtschaft erbrachte öffentliche Güter. Zu diesen Gemeinwohlleistungen gehören vor allem die Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln, die Landschaftspflege, der Umweltschutz sowie die Erhaltung vitaler ländlicher Räume.

Die Zukunftskommission spricht sich dafür aus, das Regionalmodell mit regional einheitlichen Flächenprämien zum Standardmodell für alle Mitgliedstaaten zu machen und die teilweise enormen Abweichungen vom durchschnittlichen Förderniveau abzubauen.

Dem unterschiedlichen Wert wichtiger öffentlicher Güter in den einzelnen Mitgliedstaaten muss bei den künftigen Direktzahlungen Rechnung getragen werden. Eine Flatrate wird deshalb abgelehnt.

Die Kriterien für den Bezug von Direktzahlungen sind besser an erbrachte Leistungen der Landwirtschaft zur Erhaltung von öffentlichen Gütern auszurichten.

Folgende Verbesserungen des Betriebsprämienmodells sind aus Sicht der Zukunftskommission notwendig:

- Die nationalen Beträge nach objektiven Kriterien berechnen,
- das heutige Fördersystem nicht abrupt, sondern schrittweise umbauen,
- die Cross-Compliance-Regeln und das Kontrollwesen vereinfachen,

- mehr Flexibilität für die verbleibenden produktionsbezogenen Direktzahlungen einräumen,
- staatliche Beihilferegelung vereinfachen, den Mitgliedstaaten bzw. Regionen mehr Gestaltungsspielräume lassen.

Die ländliche Entwicklungspolitik

Sowohl die Struktur als auch die Organisation der ländlichen Entwicklungspolitik haben sich bewährt. Das Prinzip – ein Programm, ein europäischer Fonds und eine einheitliche Kontrolle – muss beibehalten werden. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip darf jedoch die Regelungskompetenz der EU nicht über das Festlegen gemeinsamer Prinzipien und die Kontrolle von deren Einhaltung hinausgehen. Die schon bisher zulässigen Förderinstrumente und der Budgetumfang der 2. Säule sind bedarfsorientiert weiterzuentwickeln. Eine eventuelle Aufstockung darf nicht zu Lasten der 1. Säule erfolgen. Ebenso ist der Gestaltungsspielraum der Regionen für die ländliche Entwicklung innerhalb der Bundesrepublik zu stärken.

Auf folgende Verbesserungen ist nach Ansicht der Zukunftskommission hinzuwirken:

- Gemeinschaftsbudget nach objektiven Kriterien auf die Mitgliedstaaten aufteilen,
- Fördermöglichkeiten von horizontalen und vertikalen Zusammenschlüssen von Unternehmen ausbauen,
- Förderung zur Steigerung der Biodiversität und Sicherung der Naturressourcen verstärken,
- moderne Infrastrukturnetzwerke ausbauen,
- Maßnahmen gegen Überalterung und den Rückgang von Serviceeinrichtungen auf dem Lande entwickeln,
- das ländliche Unternehmertum über neue Formen der Diversifizierung stärken,
- Verzicht auf die KMU-Grenzen bei der Förderung von Investitionen der Ernährungswirtschaft für innovative Maßnahmen,
- die sogenannte Anreizkomponente bei Agrarumweltmaßnahmen wieder einführen,
- Programmierung verschlanken und Programmabwicklung vereinfachen.

Forschung und Innovation

Die Zukunftskommission fordert, dass im nächsten Forschungsrahmenprogramm die Land- und Ernährungswirtschaft, die Bioökonomie, alternative Produktionsverfahren wie der ökologische Landbau, die Biomasse und ihre Verwendungsmöglichkeiten sowie Innovationen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der ländlichen Räume einen besonderen Schwerpunkt bilden.

Klimawandel und erneuerbare Energien

Dieser neue Schwerpunkt in der europäischen Politik steht in enger Beziehung zur Land- und Forstwirtschaft. Die Zukunftskommission verlangt daher eine angemessene Mitgestaltungsmöglichkeit des Agrarsektors.

IV. Anhang

Zusammensetzung der Zukunftskommission Landwirtschaft

Vorsitz und Geschäftsführung:

Dr. Franz FISCHLER, Franz Fischler Consult GmbH
Vorsitzender der Zukunftskommission Landwirtschaft

Anton DIPPOLD, StMELF
Geschäftsführer der Zukunftskommission Landwirtschaft

Mitglieder:

Annemarie BIECHL, MdL
Landesbäuerin des Bayerischen Bauernverbandes

Dr. Uwe BRANDL
Präsident des Bayerischen Gemeindetages

Marion BREITHAUPT-ENDRES
Vorstand der Verbraucherzentrale Bayern e. V.

Bertram BROSSARDT
Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Univ. Prof. Dr. Hannelore DANIEL
Zentralinstitut für Ernährungs- und Lebensmittel-
forschung der TU München, Lehrstuhl für Ernährungs-
physiologie

Siegfried GALLUS
Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststätten-
verbandes DEHOGA Bayern e. V.

Josef GÖPPEL, MdB
Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Land-
schaftspflege e. V.

Weihbischof Dr. Bernhard HAßLBERGER
Vertreter der Katholischen Kirche, Erzdiözese
München und Freising

Univ. Prof. Dr. Dr. h.c. Alois HEIßENHUBER
Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernäh-
rung, Landnutzung und Umwelt der TU München,
Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Landbaues

Alexander HÖCHT
Vertreter für die Verbände der Bayerischen
Ernährungshandwerke

Hans KOLLER
Vorsitzender des Verbandes für landwirtschaftli-
che Fachbildung in Bayern e. V.

Univ. Prof. Dr.-Ing. Holger MAGEL
Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher
Raum e. V.,
Ordinarius des Lehrstuhls für Bodenordnung
und Landentwicklung der TU München

Sebastian MAIER
Landesvorsitzender der Katholischen Landju-
gendbewegung Bayern

Toni MEGGLE
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Bayeri-
schen Ernährungswirtschaft e. V.

Berthold MERKEL
Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Lan-
desverband Bayern e. V.

Hans MÜLLER
Generalsekretär des Bayerischen Bauernverban-
des

Manfred NÜSSEL
Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes e. V.

Ludwig RAßHOFER
Landesvorsitzender der Bayerischen Jungbau-
ernschaft

Pfarrer Bernd REUTHER
Vertreter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in
Bayern

Romuald SCHABER
Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher
Milchviehalter e. V.

Josef SCHMID
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche
Landwirtschaft e. V., Landesverband Bayern

Gerd SCHUH
Geschäftsführer der EDEKA Handelsgesellschaft
Südbayern mbH

Michael SEIBOLD
Vertreter für die Evangelische Landjugend in
Bayern e. V.

Gerd SONNLEITNER
Präsident des Bayerischen Bauernverbandes

Prof. Dr. Hubert WEIGER
Landesvorsitzender des Bundes Naturschutz in
Bayern e. V.

Josef WETZSTEIN
Vorsitzender der Landesvereinigung für den
ökologischen Landbau in Bayern e. V.

Rita WIESEND
Landesvorsitzende des VerbraucherService
Bayern im KDFB e. V.

Abkürzungsverzeichnis

AdL	Altershilfe der Landwirte	KMU	kleine und mittlere Unternehmen
ÄELF	Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	LEADER	Liaison entre actions de développement de l'économie rurale, dt.: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft
CC	Cross Compliance, dt.: Überkreuzverpflichtung (Verknüpfung der Direktzahlungen mit der Einhaltung fachrechtlicher Vorgaben)	LEP	Landesentwicklungsprogramm
EEG	Eneuerbare-Energien-Gesetz	LfL	Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung ländlicher Räume	LKV	Landwirtschaftlichen Krankenversicherung
EStG	Einkommenssteuergesetz	LUV	landwirtschaftliche Unfallversicherung
FÜAK	Staatliche Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	LSV	Landwirtschaftliche Sozialversicherung
GAK	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	LSV-SpV	Landwirtschaftliche Sozialversicherung - Spitzenverband
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik	MUVA	Milchwirtschaftliche Untersuchungs- und Versuchsanstalt
GG	Grundgesetz	Nawaro	Nachwachsende Rohstoffe
GPS	Global Positioning System	NGO	Non-Governmental Organization (dt.: Nichtregierungsorganisation)
GQ-Bayern	Geprüfte Qualität Bayern	StMELF	Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
ILEK	integrierte ländliche Entwicklungskonzepte	TUM	Technische Universität München
INTERREG	Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit aus dem europäischen Fonds EFRE (europäischer Fonds für regionale Entwicklung)	VIS	Verbraucherschutzinformationssystem
KULAP	Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm	VNP	Bayerisches Vertragsnaturschutzprogramm